

Ergebnis
an allen Werktagen.

Bezugspreis monatlich 30 Gr.
bei der Reichspost 3.50
in den Ausgabestellen 3.70
durch Zeitungsboten 3.80
durch die Post 3.50

auschl. Postgebühren
ins Ausland 6 Bloth
in deutscher Währung 5 R. M.
ausländisch Postgebühren

Gesamtpreis 6105. 6275.
Tel.-Nr.: Tagblatt Polen.

Posener Tageblatt

(Posener Worte)

Postcheckkonto für Polen

Nr. 200 283 in Polen.

mit illustrierter Beilage: "Die Zeit im Bild".

Bei höherer Gewalt, Betriebsförderung, Arbeitsniederlegung oder Ausperrung hat der Bezieher
einen Anspruch auf Nachlieferung der Zeitung oder Rückzahlung des Bezugspreises.

Postcheckkonto für Deutschland

Anzeigenpreis: Zeitzeile (88 mm breit) 45 Gr.

für die Millimeterzeile im Anzeigenanteil 15 Groschen

für die Kilometerzeile im Reklameanteil 45 Groschen.

Sonderplatz 50% mehr. Reklamezeitzeile (90 mm breit) 135 gr.

BARUSIN
DIE
DAUERHAFTEN
DACHEINDECKUNG
OSKAR BECKER
POZNAN
SW. MARCIN 59.

Die Annäherung der baltischen Staaten.

(Von unserem Kownoer Mitarbeiter.)

Dr. P. Kowno, im Dezember.

Beim Abschluß von Handelsverträgen mit den auswärtigen Staaten haben die baltischen Staaten sich von dem Grundsatz leiten lassen, daß die allgemeine Meistbegünstigungsklausel, die in unserem Zeitalter fast in jedem Handelsvertrag aufgenommen wird, gewisse Einschränkungen durch die sogenannte "Baltische Klausel" enthalten soll. Diese Einschränkung der allgemeinen Meistbegünstigungsklausel finden wir schon in den Friedensverträgen mit Russland von 1920 und in zahlreichen Konventionen, die die baltischen Staaten untereinander abgeschlossen haben. Dort haben sich die vertragsschließenden Parteien verpflichtet, diejenigen besonderen Vergünstigungen, die sie durch Abschluß eines Vertrages oder Konvention gegen einander eingeräumt haben, nicht ohne weiteres den anderen außenbaltischen Staaten auf Grund der allgemeinen Meistbegünstigungsklausel zu gewähren.

Fast in allen Handelsverträgen, die die baltischen Staaten mit den anderen Staaten abgeschlossen haben, finden wir mit gewissen Abweichungen die Durchführung des Grundsatzes der Einschränkung der Gültigkeit der allgemeinen Meistbegünstigungsklausel durch die "Baltische Klausel". Grundsätzlich fallen ins Bereich der Gewährung von besonderen über die allgemeine Meistbegünstigungsklausel jenen Vergünstigungen gegenüber einander eingeräumt haben, nicht ohne weiteres den anderen außenbaltischen Staaten auf Grund der allgemeinen Meistbegünstigungsklausel zu gewähren.

Fast in allen Handelsverträgen, die die baltischen Staaten mit den anderen Staaten abgeschlossen haben, finden wir mit gewissen Abweichungen die Durchführung des Grundsatzes der Einschränkung der Gültigkeit der allgemeinen Meistbegünstigungsklausel durch die "Baltische Klausel". Grundsätzlich fallen ins Bereich der Gewährung von besonderen über die allgemeine Meistbegünstigungsklausel jenen Vergünstigungen gegenüber einander eingeräumt haben, nicht ohne weiteres den anderen außenbaltischen Staaten auf Grund der allgemeinen Meistbegünstigungsklausel zu gewähren.

Die baltische Handelsvertragspraxis wiegt aber gewisse Abweichungen in bezug auf die Anwendung dieser "Baltischen Klausel" auf. Es ist hier bloß die estnisch-französische Handelskonvention hervorzuheben, nach der Russland aus der sogenannten "Baltischen Klausel" ausgeschlossen wird. Das heißt also, daß Frankreich durch Abschluß einer Handelskonvention mit Estland auf Grund der allgemeinen Meistbegünstigungsklausel diejenigen besonderen Vorteile erfährt, die Estland auf Grund des Friedensvertrages Russland zugesprochen hatte. Ferner finden wir in der Handelsvertragspraxis der baltischen Staaten mit Finnland relevante Abweichungen von dem Grundsatz der "Baltischen Klausel" in der Hinsicht, daß in dem Handelsvertrag zwischen Lettland und Finnland vom Jahre 1924 die allgemeine Meistbegünstigungsklausel, die Lettland dem anderen Vertragsseite gewährt, nicht die Vergünstigungen enthalten sollte, die Lettland Litauen und Estland gewährt. Finnland dagegen hat seinerseits die Meistbegünstigungsklausel — durch Nichtgewährung von besonderen Vorteilen, die es Schweden und Russland zuerkannt hatte — Lettland gegenüber nicht voll zur Anwendung bringen wollen. Die Vorsicht beim Abschluß von Handelsverträgen der baltischen Staaten untereinander wird verständlich, wenn man sich den Prozeß der Entwicklung der neuen Staaten vor Augen hält. Jeder der baltischen Staaten hegte dem Vertragspartner gegenüber ein gewisses Misstrauen. Das Angstgefühl vor Übervorteilung war ein großes Hindernis für die praktische Durchführung der Annäherung der baltischen Staaten.

Estland, Lettland und Litauen dagegen haben den Grundsatz der "Baltischen Klausel" in allen Handelsverträgen, die sie bis jetzt abgeschlossen haben, voll aufrechterhalten. Es muß aber hervorgehoben werden, daß bis vor kurzem diese drei Staaten nicht viel von der über der allgemein stehenden Meistbegünstigungsklausel, die sie gegeneinander gewährten, genießen konnten. Denn mit der praktischen Seite der Durchführung dieser Klausel war es ziemlich schlecht bestellt. Die Angst vor wirtschaftlicher Übervorteilung lastete auf der "Baltischen Klausel" und die zahlreichen diesbezüglichen Verhandlungen konnten zu keinem realen Abschluß führen. Für die Ermächtigung des Vertrags der baltischen Staatsangehörigen war bis vor kurzem fast nichts getan worden. Erst jetzt scheinen die baltischen Staaten der praktischen Annäherung durch die Schaffung von Ermächtigungen für die Staatsangehörigen und durch Handelsvertragsverhandlungen näher zu treten, um so die wirtschaftliche Unabhängigkeit den anderen Staaten gegenüber aufrechtzuerhalten und die wirtschaftlichen Möglichkeiten der eigenen Länder zu ergänzen.

In diesem Zusammenhang ist das letzte Abkommen zwischen Lettland und Estland vom 11. November über die Ermächtigung des Verkehrs der beiderseitigen Staatsangehörigen besonders hervorzuheben. Auch für Litauen könnte dieses Abkommen von Gültigkeit sein, wenn die jetzt in Riga geführten Unterhandlungen zwischen Lettland und Litauen zu einem günstigen Erfolg führen würden und wenn der bis jetzt geltende Grundsatz von den besonderen Vergünstigungen, die Estland, Lettland und Litauen gegenseitig beim Abschluß eines Handelsvertrages gewähren müssen, voll zur Durchführung kommt.

Aber nicht nur die wirtschaftliche Seite dieses Abkommens, sondern auch die rein völkerrechtliche ist von großer Wichtigkeit. Nach dem Abkommen, das am 1. Dezember d. J. in Kraft trat, sind die Staatsangehörigen der beiden Länder berechtigt, die als legal bezeichnete Grenzstation ohne Visum und besondere Erlaubnis zu passieren. Die Staats-

angehörigen der einen Vertragspartei können auf dem Gebiet der anderen bis zu zwei Monaten sich aufzuhalten. Inbezug auf die Anmeldung und die sonstigen polizeilichen Formalitäten werden sie wie Inländer behandelt. Im Falle der Aufenthaltsverlängerung dagegen kommen die allgemeinen Bestimmungen für Ausländer zur Anwendung.

Estland, Lettland und auch Litauen haben den Weg direkter Verhandlungen beschritten. Wie die Praxis ge-

zeigt hat, ist diese Methode eher geeignet, die wirkliche Annäherung der aufeinander angewiesenen Staaten zur Geltung zu bringen als offizielle Konferenzen. Das Ziel einer solchen Annäherung würde dann nach außen hin dahin gehen, daß bei den Handelsvertragsverhandlungen mit den übrigen Staaten die baltischen Länder gemeinsam vorgehen könnten und als eine größere wirtschaftliche Einheit den anderen Staaten gegenüber auftreten würden.

Michalski über die Sparsamkeit.

Die höheren Posten sollen abgebaut werden. — Zu viel Beamte. — Minister- und Generalgehälter. — Berichte der Obersten Kontrollkammer. — Aus der Verwaltung.

In der "Naszionalpolitis" Nr. 341 vom 18. Dezember veröffentlicht der bekannte Finanzkennner und ehemalige Finanzminister von Polen, Herr Michalski einen längeren Artikel über die polnische Wirtschaftslage, dem wir folgende Ausführungen entnehmen:

"Endlich fangen wir an, unsere Gewinnsermittlung zu machen. Die schwere Wirtschafts-, Valuta- und Finanzkrise, die sich über das ganze Staatsgebiet Polens ergiebt, gebietet allen gründlich und gewissenhaft im Einstieg mit der Wahrheit und dem Interesse des Staates und nicht der Partei, die gegenwärtige Lage der Dinge zu revidieren, die Ursachen des Übels zu analysieren und die Wege der Besserung zu weisen. Ich habe den Eindruck und will den Glauben haben, daß die letzten zwei Jahre vernichtender und demoralisierender Wirtschaft und die Zeit der Korruption und des falschen Optimismus endlich vorbei sind. Möchte doch die Sejm- und Senatsrede des Herrn Finanzministers die endgültige Schlussbilanz jener unglücklichen Zeit sein, deren "Saldo"

die Leere in den Finanzkassen.

der Überschuß der Verpflichtungen über die Aktiva im Nettovertrag an fremden Valuten und Devisen in der Bank Polski in Höhe von mehr als 16 Millionen Bloth, der Ruin des Wirtschaftslebens, eine Viertelmillion offizieller Arbeitsloser, die Vernichtung des Vertrauens Fremder und der Seinen, na — und der Dollarfuß von 9,50 Bloth zum Ausdruck bringt.

Unter den Sanierungsplänen der Regierung nehmen die Haushaltsersparnisse und die Personalreduktionen natürlich eine hervorragende Stelle ein. Sie sind eines der sehr vielen Sanierungsmittel. Herr Krzyzanowski sagt mit Recht in seiner "Pauperisierung des heutigen Polens" (Seite 115), daß Polen das einzige Land war, das an die Sanierung des Finanzes "ohne Sorge um Verringerung der Staatsausgaben" herantrat. Es wird allgemein darüber gefragt, daß wir zu viel Beamte und Staatsbehörden und eine geradezu ungewöhnlich ausgebaute Familie der Staatsunternehmen haben, die so fatal verwaltet wurden, daß im Jahre 1924 der Staatsfiskus für die Unternehmen netto 99,3 Millionen Bloth zu zahle (für die Eisenbahnen allein 104 Millionen Bloth). Material ist die Bezahlung durch die Steuerzahler erfolgt; denn der Gehalt der Staatsunternehmen wird natürlich durch die Einkünfte aus den Steuern, Zöllen und Staatsmonopolen gedeckt. Der unnötige Beamtenballast, den wir zu tragen haben, wird allein bei der Eisenbahn auf 40 000 Personen berechnet. Polen frankt u. a. an einer ungewöhnlichen Zahl noch hohe Posten. Ich will nur die Posten der Minister, Bizerminister und Departementsdirektoren in Betracht ziehen, um die Sache nicht ins Straße zu bringen (2., 3. und 4. Dienstgrad).

Einige Beispiele: In der

Position des Kriegsministeriums

fällt vor allem die Besetzung des Kontrollleurkorps auf. Auf 94 Offiziere kommen da 9 Generale, d. h. jeder zehnte Offizier des Korps ist ein General! Das Kriegsministerium (im engeren Sinne) zählt auf 854 Offiziere, die im Budget angegeben sind, 33 Generale (5 Prozent), d. h. jeder zwanzigste Offizier dieses Ministeriums ist General. Im Generalstab sind 3 Generale bei 291 Offizieren. Das Landheer hat von 17 177 Offizieren 121 Generale (0,7 Prozent). Im ganzen sollen Landheer, Kriegsministerium, Generalstab und Kontrollleurkorps zusammen im nächsten Jahre 166 (0,9 Prozent) Generale zählen, d. h. jeder hundertste Offizier ist General.

Im Außenministerium

haben wir in der Zentrale und von 86 Auslandsposten 25 den Generalsgrad entsprechende Posten, davon 7 in der Zentrale, den Rest bilden die Botschafter, Gesandten, Ministerresidenten, verschiedene Delegierte und der Generalkonsul in Danzig. Außer diesem hat der Vorsitzende der Delegation zur polnisch-rumänischen Grenzkommission (zählt 5 Personen) den vierten Dienstgrad (1).

Oder die Delegation zu gemeinsamen Kommissionen in Russland (25 Personen). 5 Mitglieder dieser Delegation haben Generalsbezüge (je 15 und 10 Dollar täglich). Selbst der kleine Teil der Delegation im Lande, deren Personal sich aus 6 Personen zusammensetzt, hat einen Würdenträger an der Spitze, der 800 Bloth monatlich empfängt. Oder nehmen wir die Delegation zur polnisch-tschechischen Grenzkommission, zu der 3 Personen gehören. Sie soll im nächsten Jahre 24 570 Bloth kosten. Das

Oberste Verwaltungstribunal

hat bei 28 Richtern 5 Vorsitzende (Ministerbezüge). Jeder fünfte Richter ist Vorsitzender. Wenn das Oberste Gericht bei 50 Richtern 3 Vorsitzende hat, dann ist die Liste der fünf Vorsitzenden des höchsten Verwaltungsgerichts als sachlich unbegündet zu betrachten. Es wird erzählt, daß irgend eine Abgeordnetenprotection bei diesen Zusatznominationen ins Spiel gekommen sein soll. Aus dem Haushaltsvoranschlag selbst kann man sich noch kein genügend klares Bild von der wirklichen Anzahl der Staatsfunktionäre und der Höhe ihrer Bezüge machen. Dazu muß man die Akten der Zentralbehörden oder die Berichte der Obersten Kontrollkammer einsehen und sich dort hineinlesen. Diese Feststellung will ich mit zwei Beispielen veranschaulichen:

Der

Bericht der Obersten Kontrollkammer

über die Tätigkeit im Jahre 1924, Heft 10 (Eisenbahministerium), Seite 533 und 534 (2. Absatz von unten) enthält wörtlich folgenden Abschnitt: "Die Kontrolle der Ausgaben hat festgestellt, daß zusammen mit den Stunden- und Kilometergelbaren die Be-

züge der Lokomotivführer und sogar der Heizer in einzelnen Fällen den Bezügen von Beamten 6., 5. und 4. Dienstgrades gleichkamen." Nach Meinung der Obersten Kammer ist der Kilometerzuschlag (im Budget 1925 nicht vorgesehen) im Grundsatz rational und gibt offensbare Resultate, da den Mannschaften dann an einer Steigerung der Arbeitsergiebigkeit gelegen ist. Die Ausschaltung der Stundengelder aber, die ein Überbleibsel der Kriegsverhältnisse bilden und in der Vorriegszeit nicht angewandt worden sind, erscheint wohl als überflüssig und kann die günstigen Ergebnisse der Kilometerentschädigung nur paralysieren, indem am wenigsten ergiebige Fahrten entlohnt werden.

Auf dieser Grundlage kann man getrost sagen, daß es unter den Lokomotivführern und Heizern Leute gibt, die Generalsbezüge haben, deren Zahl und Höhe man aber nicht bestimmen kann. Hohe Gehälter werden oft unter dem Namen "Kontraktbeamte" gedeckt, deren Zahl und Gehalts Höhe die Haushaltvoranschläge gewöhnlich pauschalmäßig in einer Ziffer angeben. Man weiß gewöhnlich die Zahl um die Dienststufen der eitelmäßigen Funktionäre ausführlich auf, während man von den kontraktelligen Angestellten kurz sagt, daß ihrer so und so viel sind und daß sie so und so viel Gehalt haben. In der Sitzung der Haushaltssession des Sejm vom 19. Januar d. J. habe ich gezeigt, daß die sogenannte "Oberdirektion der staatlichen Hütten und Bergwerke" bei 32 Beamten 8 hatte, deren Bezüge höher als ein Ministergehalt waren.

Die Direktion sollte zwecks "besserer Verwaltung" in drei gesonderte Direktionen geteilt werden. Wie es dort jetzt mit den hohen Würdenträgern und ihren Gehaltsbezügen steht, kann ich im Augenblick noch nicht sagen. Solcher Zustand darf durchaus nicht weiter durchdringen. Eine mechanische Reduktion der Gehälter und des Personals ist meiner Meinung nach ungerecht. Polen hat es nicht dazu, so teure und ungewöhnliche zahlreiche Würdenträger für die Dauer zu haben. Und Polen braucht solch großes Heer von zivilen und militärischen Würdenträgern nicht.

Die Ersparnisse in der Verwaltung

müssen endlich einmal von oben beginnen. Posten, die durch Protektion, ohne Verdienst und Fähigung durch verschiedene Nebeneinflüsse erworben wurden, müssen geräumt werden. Die Beendigung einer mittleren Missbildung darf nicht länger ausstehen. Solcher Zustand darf durchaus nicht weiter durchdringen. Eine mechanische Reduktion der Gehälter und des Personals ist meiner Meinung nach ungerecht. Polen hat es nicht dazu, so teure und ungewöhnliche zahlreiche Würdenträger für die Dauer zu haben. Und Polen braucht solch großes Heer von zivilen und militärischen Würdenträgern nicht.

Das waren nur einige Beispiele der verschwendeten Wirtschaft und die Aufzeigung einiger Vergrößerungen für begründete Reduktionen und Ersparnisse im Haushalt, die von der patriotisch denkenden Allgemeinheit — so meine ich — mit Genugtuung begrüßt werden würden.

Die neuen Regierungsmaßnahmen.

Das vom Finanzminister gestern eingeführte Gesetz über die Zahlung der direkten Steuern und Finanzgebühren durch die Landwirte in agrarischen Produkten bestimmt, daß das Finanzministerium ermächtigt wird, von den Landwirten, die mit der Zahlung der direkten Steuern und Finanzabgaben im Rückstand sind, diese Steuern und Abgaben in Naturalien einzutreiben, falls der Landwirt die betreffenden Rückstände nicht binnen 14 Tagen, vom Zahlungstermin gerechnet, in Bargeld entrichtet. Was die laufenden Finanzgebühren betrifft, so ist das Finanzministerium in diesem Falle ebenfalls befugt, ihre Entrichtung in agrarischen Produkten auf Bitten des Landwirts zu gestatten. Die Kreise der Produkte für die einzelnen Beitragsabschüttungen, die auf Rechnung der Rückstände zur Annahme gelangen, werden vom Finanzminister im Einvernehmen mit dem Landwirtschafts- und dem Handelsminister festgesetzt. Für die Entrichtung der laufenden Gebühren werden die Produkte nach den Preisen der Ortsmärkte angenommen. Die Produkte, die auf Rechnung der Finanzgebühren von dagu ermächtigten Regierungsorganen angenommen werden, müssen vom Steuerzahler innerhalb der von der Behörde gesetzten Frist auf eigene Kosten unter Androhung einer Geldstrafe von dreitausend Bloth, die von den Steuerbehörden erster Instanz auferlegt wird, nach der nächsten Verlaststation geliefert werden. Gegen das Strafurteil kann der Steuerzahler im Laufe von 14 Tagen bei der Finanzkammer Berufung einlegen oder die Prüfung durch das zuständige Friedens- bzw. Amtsgericht verlangen. Die Berufung hält die Vollstreckung der Strafe auf.

Das Gesetz über die Mittel zur Sicherstellung des Haushaltsgleichgewichts enthält im ersten Punkte eine Änderung gewisser Vorschriften über das Ausmaß der Pensionärversorgung. Die Versorgung der Emeriten, Witwen und Weisen, sowie die Besoldung der Staatsbeamten und des Heeres erhält eine Berringerung um $\frac{1}{4}$ Prozent in den Bevölkerungsgruppen 12—14, um 5 Prozent in den Gruppen 9—11, während die Besoldung der Richter und Staatsanwälte, sowie alle anderen Besoldungen um 6 Prozent herabgesetzt werden. Außerdem werden die Buschlagspunkte um 50 Prozent verringert. Im Punkt 2 des Gesetzes sind bestimmte Änderungen des Gesetzes über die Versorgung der Kriegsinvaliden und ihrer Familien, sowie über die Versorgung der Familien von gefallenen und im Heeresdienst gestorbenen Personen. Das bisherige Recht des Rentenempfangs erfuhr eine Aufhebung, wenn das steuerfallige Einkommen die Rente, die der Invaliden im Falle völliger Einbuße

der Erwerbsfähigkeit erhielte, um das Dreifache überstieg. Nun wird dieses Recht eine Aufhebung erfahren, wenn das Einkommen aus jeder Quelle die Rente dreifach übersteigt. Außerdem wird die Bestimmung eingeführt, daß Witwen und Alterspersonen die Rente keinesfalls in einer Höhe empfangen dürfen, die den Monatsverdienst eines gesunden Mannes oder einer gesunden Frau in dem betreffenden Beruf und der gegebenen Ortschaft übersteigt. Punkt 4 ändert die Vorchrift des Gesetzes über die derzeitige Regelung der Kommunalfinanzen und Punkt 5 einige Vorschriften über die Organisation der Krankenkassen und die Verwaltung der Arbeitslosenfonds. Es wird u. a. bestimmt, daß der den Kommunalverbänden zufallende Anteil an den Einkünften der staatlichen Einkommensteuer für die Städte mit Ausnahme von Warschau (20 Prozent) 15 Prozent beträgt. Der Termin der Krankenkassengesetzgebung wird bis zum Ende des Jahres 1926 verlängert. Das Gesetz über die Sicherung des Angebots von Artikeln des täglichen Bedarfs erlaubt im ersten Artikel den Ministerrat zur Versorgung des Binnenmarktes mit den nämlichen Artikeln, sowie zur Erfüllung von Preiseigungen in diesen Artikeln a) die Ausfuhr von Brotgetreide im Falle der Feststellung des Mangels daran, b) das Ausmaßen des Brotgetreides und das Brot, c) den Preis für Produkte aus Brotgetreide für Fleisch und Fleischwaren, sowie für Kleidung und Schuhwerk auf dem Grundsatz der Produktionskosten und gerechtfertigter Austauschkosten, d) den Handelsverkehr in den oben aufgeführten Artikeln zu regeln.

Vier neue Gesetze.

Die letzten Tage vor den Weihnachtsferien werden für den Sejm arbeitsreich sein. Die Regierung hat eine Reihe bedeutender Arbeiten in Angriff genommen. Der Ministerrat beschloß gestern mittag drei Gesetze, die als Dringlichkeitsanträge eingereicht und vom Sejm an die Kommission verwiesen wurden. Heute vormittag tritt die Haushaltsskommission zusammen, um über das Haushaltsprovvisorium für das erste Quartal des Jahres 1926 zu beraten. In der gestrigen Sitzung wurde über die Anträge der Abg. Włodzimierz (Włodzimierz) und Sława (Komunistenpartei) zum Haushaltsprovvisorium abgestimmt. Die Anträge, für die sich die Włodzimierz-Partei, die Bryl-Gruppe, die Wojskowodzki-Gruppe, die slawischen Minderheiten und die Kommunisten erklärten, fielen durch. Ohne Diskussion wurde vom Sejm in dritter Lesung das Gesetz über Einkommensteuer und die Emissionssteuer in der Verfügung des Staatspräsidenten von der Finanzierung in Blotz angenommen. Das gleiche geschah mit dem Gesetz über die Bildung der Wilnaer Wojewodschaft. Zum Gesetz über die Lehrerpragmatik erklärte der Abg. Uta von der Deutschen Vereinigung, daß das Gesetz der Regierung eine Waffe zum Kampf gegen die fortschrittliche Lehrerschaft, vor allem aber gegen die Lehrerschaft nichtpolnischer Nationalität gebe. Zusätzlich der Artikel 4, in dem verlangt wird, daß der Lehrer beherrschende polnische Sprache beherrsche, könne den Inspektoren die Möglichkeit geben, jederzeit einen Lehrer nichtpolnischer Nationalität aus dem Amt zu bringen. Der Redner machte seine Stellungnahme zum Gesetz von der Annahme einer Reihe von Verbesserungen abhängig. Die Abgeordnete Sokołowska vom Rat. Volksverband erklärte, daß ihr Klub für das Gesetz stimmen werde, obwohl es nur das Werk eines Kompromises sei und als solches Mangel aufweise. Dem Abg. Uta sagte sie, daß obwohl eine gewisse Vorsicht und der Selbstbehauptungsstreit den deutschen Redner von unbegründeten Ansprüchen und illogischen Extrusionen gegen die in Polen herrschenden Verhältnisse hätte zurückhalten sollen, sie im Bedarfsfall die auf diesem Gebiete in Deutschland bestehenden Verhältnisse einer eingehenden Analyse unterwerfen werde. Dann werde sich bei einem Vergleich erst die Wahrheit zeigen. (Sehr richtig! Red.) Der Abg. Prager von der Sozialistenpartei begrüßte nach Schluß der allgemeinen Diskussion über die vorermittelte Vorlage einen Dringlichkeitsantrag der Koalitionsparteien, über die Verringerung der Ausgaben für die Staatsverwaltung. Die unterzeichneten Parteien verlangen Umgestaltung des ganzen Apparates, ohne vor der Auflösung entbehrlicher Ämter usw. zurückzustehen. Die Resolution fordert die Regierung auf, bis zum 1. Februar 1926 einen Gesetzentwurf einzubringen über die Umgestaltung der Verwaltungsbehörden und bis dahin neue Vorschriften über das staatliche Rechnungs- und Kassensystem sowie Bureauvorschriften zu erlassen, die eine Führung der Amtsgerichte in vereinfachtem Verfahren ermöglichen. Die Dringlichkeit und das Meritum des Antrages wurden ohne Diskussion angenommen.

Bor Schluss der Sitzung erklärte der Marshall, daß folgende vier Regierungsvorlagen in Form von Dringlichkeitsanträgen eingelaufen seien: 1. über die Emission

der zweiten Serie der Dollaranleihe, 2. über die Zahlung der direkten Steuern durch die Landwirte in agrarischen Produkten, 3. über die Sicherung des Angebots von Artikeln des täglichen Bedarfs, 4. über die Mittel zur Sicherstellung des Haushaltsgleichgewichts.

Der Marshall schlug die Verweisung dieser Anträge an die Kommission vor mit dem Bemerkern, daß am Donnerstag die zweite und am Sonnabend die dritte Sitzung stattfinden soll.

Die nächste Sitzung findet am Donnerstag dieser Woche statt.

Das Programm des Eisenbahnministers.

Die „Mazowiecka“ bringt eine Unterredung mit dem Eisenbahnminister Chodzinski über die Erparnisse im Eisenbahnbereich. Auf die Frage, in welchen Grenzen die Durchführung der Personalerparnisse geplant sei, antwortete der Minister: „Der Bereich dieser Erparnisse wird durch die Gesetze bestimmt werden, die die Regierung in den nächsten Tagen den gesetzgebenden Körpern vorlegen wird. Diese Gesetze sind jetzt Gegenstand der Ausarbeitung. Sie werden das Resultat eines Kompromisses zwischen den Kommissionsparteien sein.“

Zu den Sachausgaben äußerte sich der Minister folgendermaßen: „Mit Rücksicht darauf, daß die Sachausgaben im Budget des Eisenbahnministeriums 50 Prozent der Gesamtausgaben betragen und ungefähr die Summe von einer halben Milliarde erreichen, will ich auf dem Gebiete der Materialwirtschaft weitestgehende Erparnisse durch gebührende Kontrolle der Lieferungen durch Bestellung unentbehrlicher Dinge, durch entsprechende Aufbewahrung der Vorräte und ihre sparsame Herausgabe tätigen. Deshalb sind die letzten Unterredungen mit den Kohlenindustriellen über das Thema der Kohlenlieferung für das erste Halbjahr 1926 abgeschlossen worden mit der gleichzeitigen Anordnung neuer Angebote.“

Die Frage, wie der Minister über die langfristigen Lieferungsverträge denkt, äußerte sich Chodzinski dahin: „Die bekannte Angelegenheit der neuen langfristigen Kontrakte über den Bau von Lokomotiven und Eisenbahnwagen muß im Interesse des Staates einer Revision unterzogen werden. Der Verkehr auf den Eisenbahnen ist nicht groß. Der gegenwärtige Fuhrpark an Güterwagen sei ausreichend. Wenn man die Kontrakte, von denen die Rede war, in ganger Ausdehnung realisieren wollte, dann würde das eine Belastung des Staatsbudgets von hunderten von Millionen jährlich bedeuten.“

Zum Schluß der Unterredung wurde dem Minister eine Frage über die Tarifpolitik gestellt, die bisher weder Eisenbahn noch Klienten befriedigte. Der Minister erklärte: Auf dem Gebiete der Tarifpolitik ist viel zu machen. Der Mangel an einer festen Valuta in den ersten Jahren der Republik, die Anormalität und Wandelbarkeit der wirtschaftlichen Beziehungen, das alles hat verursacht, daß das Eisenbahnministerium auf dem Gebiete der Tarifpolitik nicht viel tun konnte. Jetzt trägt die Eisenbahn nach der Einführung ermöglicht Tarife zu Seiten der vorherigen Regierung für den Transport von Kohle, Getreide, Bier und Holz aus dem Titel des eigenen Budgets die Last der Exportförderung. Dieser Stand der Dinge kann nicht lange aufrecht erhalten bleiben. Ich will auf dem Gebiete der Tarifpolitik an grundlegende Arbeiten herantreten, deren Notwendigkeit die Haushaltsskommission des Sejm wiederholt anerkannt hat. Das Ergebnis dieser Arbeiten wird aber davon abhängen, ob in den Beziehungen zwischen Sejm und Regierung die Möglichkeit ruhiger und längerer Arbeit geschaffen sein wird.“

Republik Polen.

Der Sparkommissar tritt zurück?

Warschau, 18. Dezember. Wie der „Kurier Czerwony“ meldet, hat der höchste Sparkommissar, Herr Moszalewski, sein Rücktrittsgesuch eingesetzt. In der heutigen Kabinettssitzung wird über das Gesuch Beschluß gefaßt werden.

Hubert Linde verhaftet.

Wie der „Kurier Czerwony“ meldet, ist auf Antrag des Untersuchungsrichters Herrn Spychalski, der die Untersuchung in der Angelegenheit der P. A. O. gegen den Präsidenten P. A. O. Hubert Linde führt, der Haftbefehl erlassen worden. Linde wurde in Haft genommen. Über seine Person wurde der Haftbefehl verhängt. Herr Linde bleibt in seiner Wohnung unter Aufsicht eines Polizeibeamten. Die Haft wird so lange aufrechterhalten werden, bis Herr Linde eine Kautio von 300 000 Zloty hinterlegt hat.

Sie brachte ihn an den Zug, und ganz offen, vor aller Welt, legte sie zum Abschied die Arme um seinen Hals.

„Fahr' mit Gott!“ flüsterte sie, mit Tränen in den Augen.

Zur selben Stunde saß Reinhold Frau Gesine von Nestler in ihrem lauschigen Boudoir gegenüber. Sie hielt seine Hand und beugte sich weit zu ihm vor.

„Glauben Sie mir!“ sprach sie. „Es ist am besten so. Das Mädchen hat nicht zu Ihnen gepaßt, Herr Direktor. Ganz hübsch — na ja — aber viel zu spießbürglerlich, zu kleinlich. Ich habe Sie beide damals auf dem Souper beobachtet. Sie, mein lieber Reinhold, sind ein Mann, den es in die Höhe drängt. Sie gehörten in unsere Kreise. Fräulein Wehl wird sich nie über den Horizont ihrer Kinderstube erheben können.“

Der junge Mensch trank gierig die Worte dieser schönen Welt dame in sich hinein. Wie lindernder Balsam trüpfelten sie in die Wunde, die Hannahs Ablehnung geschlagen hatte. Seinem Herzen? Er hatte es sich eingeredet. Hatte es ehrlich selbst geglaubt — —

Aber die Blicke, mit denen Frau Gesine ihre Rede begleitete, der leise Druck auf seinen Arm, mit dem ihre weiße Hand ihr Nachdruck verlieh, machten sein Herz schneller schlagen. Es war also gesund. Nicht verwundet. Er fühlte, er würde den Schlag, den ihm Hannah versetzt, überwinden. Diese Frau, der er gegenüber saß, würde ihm helfen.

Vielleicht sogar — —

„Ich muß Ihnen, gnädige Frau,“ erwiderte er, „so leid es mir tut, recht geben. Ich will hoch hinaus, ich bin entschlossen, alle die Chancen zu nutzen, die einem Manne wie mir die neue Zeit bietet. Meine Braut hat das leider nicht verstanden. Denken Sie sich, sie wollte nicht einmal den Brillantring tragen, den ich ihr geschenkt habe!“

„Sehen Sie — sehen Sie! Bin ich eine Menschenkennerin? Glauben Sie mir, liebster Freund, Sie können Ihren Schöpfer danken, daß Sie frei geworden sind. Soll ich Ihnen etwas sagen? Es klingt zwar wie Schmeichelei, aber ich scheue mich nicht, es auszusprechen, weil es die Wahrheit ist und ich gewohnt bin, mit der Wahrheit nicht hinter dem Berge zu halten. Jede Zeit hat ihre Großerer. Sie — Sie sind ein Großerer unserer Zeit.“

Der Haushaltsvoranschlag.

Im Haushaltsvoranschlag für das erste Quartal 1926 sind die Verwaltungsausgaben in der Gesamthöhe von 405,2 Millionen Zloty vorgesehen. Davon entfallen auf das Außenministerium 6,8 Millionen, auf das Kriegsministerium 134,2 Millionen, auf das Inneministerium 40,4 Millionen, auf das Finanzministerium 80,4 Millionen, auf das Justizministerium 16,8 Millionen, auf das Industrie- und Handelsministerium 9,8 Millionen, auf das Eisenbahnministerium 1,4 Millionen, auf das Landwirtschaftsministerium 8,2 Millionen, auf das Kultusministerium 58,2 Millionen, auf das Arbeits- und Wohlfahrtsministerium 12,9 Millionen, auf das Agrarreformministerium 4,3 Millionen.

Rückritt Chaciński?

Nach einer Sondermeldung des „Kurier Czerwony“ findet heute eine wichtige Sitzung des Klubs der Christlichen Demokratie statt, in der die Stellungnahme des Klubs zum Brief des Ministers Chaciński, der von seinem Bericht auf den Ministerposten Mitteilung macht, entschieden werden soll. Der Minister soll keine Gründe angegeben haben. Es verlautet, daß zum Bericht die Wahl des Abg. Korfanty in die Parlamentskommission des Klubs der Christlichen Demokratie beigetragen haben soll.

Polen und Sovjetrußland.

Der Sowjetgesandte Wolkow ist gestern vom Vorsitzenden der Sejmkommission für auswärtige Angelegenheiten, Herrn Dobksi, empfangen worden. Er konferierte mit ihm in Sachen des polnisch-russischen Konjunkturabkommen, erörterte verschiedene Handelsfragen und besprach den Auszug polnischer Parlamentarier nach Sovjetrußland.

Der Steinprozeß.

Im Steinprozeß sind nach der Schließung des Beweisverfahrens, die gestern erfolgt ist, an die Geschworenen folgende Fragen gerichtet worden: 1. Ist der Angeklagte Steiger schuldig, daß er am 5. September 1924 in Lemberg in der Absicht der Tötung des Staatspräsidenten auf diesen eine Bombe bzw. Petarde warf? 2. Ist der Angeklagte Steiger schuldig, daß er am 5. September 1924 in Lemberg, indem er auf den Staatspräsidenten eine Bombe bzw. Petarde warf, vorsätzlich Sprengstoff als Mittel zur Gefährdung der Sicherheit des Eigentums, der Gesundheit und des Lebens anderer verwendete? 3. Hat der Angeklagte Steiger die in der ersten Frage behandelte Tat hauptsächlich in hinterlistiger Weise begangen?

Heute finden die Plaidoyers statt.

Ein englisch-russischer Gewerkschafts- kongress.

Vertreter der englischen Gewerkschaften und des Centralrates der sowjetischen Gewerkschaften tagen in Berlin. Das offizielle Programm enthielt nach der veröffentlichten Resolution, die Frage der Reinigung als Hauptpunkt beinhaltete alle sozialistischen Gewerkschaften in eine Gewerkschaftsinternationale zu vereinigen. Interessanter wurde die Befreiung der Gewerkschaften von die abgesehene von diesem angeblichen Hauptpunkt — gefasst worden sind, um ein engeres Zusammengehen der englischen und russischen Gewerkschaften zum Zweck der politischen Annäherung Russlands und Englands in die Wege zu lenken. Die Amsterdamer Internationale und die Moskauer Internationale behaupten beide schon seit längerer Zeit, daß sie den größten Wert darauf legen, möglichst bald vereint zu sein. Amsterdam so deut zu diesem Zweck bindungsfreien Eintritt der Moskauer mit dem Amsterdamer, eine Reorganisation der Internationale gemäß den russischen Wünschen innerhalb der sogenannten Organe des internationalen Gewerkschaftsbundes im Generalrat oder auf dem alle drei Jahre stattfindenden Kongress zu dienen.

Moskau will jedoch erst dann eintreten, wenn auf einer ad hoc einberufenen Sondertagung der Amsterdamer und Moskauer Generalrate die russischen Reformvorschläge angenommen worden sind.

Bei der gänzlich verschiedenen Auffassung der beiden Parteien über die Grundidee und die Aufgaben eines internationalen Gewerkschaftsbundes ist nicht zu erkennen, wie die Frage eines Zusammenschlusses überhaupt gelöst werden kann. Der Generalrat der Internationale in Amsterdam hat zu Beginn dieses Monats den von der englischen Gruppe eingebrachten Antrag einer bedingungslosen gemeinsamen Beteiligung in Moskau nicht angenommen. Die daraufhin in Berlin zu einer gemeinsamen Konferenz zusammengetretenen britischen und russischen Gewerkschaftler haben eine Resolution gefaßt, in der sie der Meinung Ausdruck geben, daß es nunmehr Sache des Generalrats der britischen Gewerkschaften sei, eine Konferenz einzuberufen, an der sich sowohl Vertreter der Amsterdamer wie der Moskauer Internationale beteiligen.

Moskau will jedoch erst dann eintreten, wenn auf einer ad hoc einberufenen Sondertagung der Amsterdamer und Moskauer Generalrate die russischen Reformvorschläge angenommen worden sind.

Bei der gänzlich verschiedenen Auffassung der beiden Parteien über die Grundidee und die Aufgaben eines internationalen Gewerkschaftsbundes ist nicht zu erkennen, wie die Frage eines Zusammenschlusses überhaupt gelöst werden kann. Der Generalrat der Internationale in Amsterdam hat zu Beginn dieses Monats den von der englischen Gruppe eingebrachten Antrag einer bedingungslosen gemeinsamen Beteiligung in Moskau nicht angenommen. Die daraufhin in Berlin zu einer gemeinsamen Konferenz zusammengetretenen britischen und russischen Gewerkschaftler haben eine Resolution gefaßt, in der sie der Meinung Ausdruck geben, daß es nunmehr Sache des Generalrats der britischen Gewerkschaften sei, eine Konferenz einzuberufen, an der sich sowohl Vertreter der Amsterdamer wie der Moskauer Internationale beteiligen.

„Ich werde Sie führen,“ lächelte sie. „Lieber Reinhold, Sie müssen auf dem Boden der modernen Gesellschaft ebenso heimisch werden wie auf dem der Börse. Sie nehmen mir das nicht übel, nicht wahr — —?“

„Ich übelnehmen! Aber gnädige Frau — — ich — —“

Doch dieses Mal wurde ihm kein Handkuss gewährt. Nur ein Lächeln belohnte ihn für seine Fügsamkeit. Doch lachen war dieses Lächeln, vieles versprechend, manches verheißend. — —

„Stehen Sie einmal auf!“ befahl die Mentorin.

Gehorsam erhob sich Reinhold. Bemühte sich, männlich und stattlich dabei auszusehen und war wütend über sich selbst, weil er im Spiegel sah, wie ungeschickt und läppisch er stand. Er hatte wirklich Belehrung nötig — —

„Hm! — —“ urteilte sie mit einem Wohlgefallen, das seine Wut sofort dämpfte. „Sie sehen gut aus. Sogar recht gut. Tadellose Figur — — na, na — — nur nicht zu eitel werden! Aber Sie müssen sich einen Schneider aussuchen, der etwas diskrettere Stoffe hat. Und nicht gar zu sehr der Mode nachlaufen! Das überlassen Sie ruhig uns Frauen. Ein Mann muß bei aller Eleganz männlich aussehen. Ihre Hosen sind ein Gedicht, aber Ihre Männlichkeit kommt dabei zu kurz. Die Schuhe sind ein bißchen zu spitz; Ihre Taille ein bißchen zu pronaioniert, Ihre Kravatte ein bißchen zu bunt — — überall ein bißchen zu viel. Und gerade dieses Bißchen entscheidet.“

Er wurde dunkelrot unter dieser Kritik. Aber sie schnellte ihm gleich wieder ein Bonbon hin.

Aber das gibt sich. Ein Mann von Ihrem Geschmac,“ sagte sie, „findet ja von selbst das Richtige. Sie haben sich vielleicht ein bißchen zu sehr auf Ihren Freund Avalescu verlassen — nun ja, wenn man so viel arbeitet und so große Dinge im Kopf hat — —!“

(Fortsetzung folgt.)

Copyright by Carl Duncker Verlag, Berlin W. 62.
Der Herr Generaldirektor.

Roman von Ernst Klein.

(48. Fortsetzung.) (Nachdruck verboten.)

Mein Kind, bedenke doch! Was wird der Onkel sagen! Und Mag! Wir verstehen es ja keiner — können es nicht verstehen — —!

Hannah blieb fest.

„Ich passe nicht mehr zu ihm. Ich passe nicht zu den Leuten, mit denen er sich jetzt umgibt! Das viele Geld, das er verdient — — das reizt mich nicht. Es elekt mich an. Es ist doch nur Schein, wertlos, wie die Menschen, die ihm nachjagen — —“

„Heidenberg'sche Messiasbotschaft“ höhnte Reinhold. Da verlor sie ihre ruhige Besinnung, ihre kaltselige Überlegenheit.

„Du wirst einen Mann wie Heidenberg und seine Ansichten von Geschäft und Arbeit nie verstehen,“ rief sie, und ihre bis dahin bleichen Wangen färbten sich glühend rot. „Du hast Dich zu Deinem Freunde Avalescu bekehrt — — Du wirst es eines Tages bedauern.“

„Es tut mir leid, Frau Wehl,“ sagte er falt, wohlwollend und von oben herunter verziehend, „daß es so gekommen ist. Aber Sie hören ja selbst, wem heute die Sympathien Ihrer Tochter gehören. Mit dem Generaldirektor der Deutschen Bankgesellschaft kann ich nicht konkurrieren. Aber — Hannah, vielleicht wirst Du es eines Tages bedauern, daß Du so gewählt hast.“

Damit ging er.

Frau Wehl starnte Hannah an.

„Ist das wahr,“ stammelte sie, „was er da sagt?“

„Was, Mutter?“

„Das — das mit

„Vater Hindenburg.“

Die „Daily News“ bringen einen außerordentlich warm gehaltenen Aufsatz aus der Feder ihres früheren Chefredakteurs Gardiner über Hindenburg, der in der Überschrift als „Vater Hindenburg“ bezeichnet wird.

Er sei heute, so sagt Gardiner, der erste Mann Deutschlands, eine ehrliche Figur, die trozig und gewaltig über den Trümmern eines mächtigen Reiches emporrage. Er stamme aus einer untergegangenen Zeit und halte als ein einjamer, tapferer alter Mann die Wacht über das Vaterland. Die Erwartungen, welche die Nationalisten an seine Wahl gefnüft hätten, seien in zweifacher Weise irrig gewesen. Sie hätten zum ersten nicht verstanden, warum das deutsche Volk Hindenburg gewählt habe. Es habe ihn gewählt, nicht weil es die Monarchie und den Krieg wollte, sondern weil Hindenburg sich in der großen Tragödie, durch die das deutsche Volk hindurchgegangen sei, als ein Held und Ehrenmann erwiesen habe. Seine Hände seien rein, seine Vergangenheit ohne Flecken. Er sei gewählt worden nicht wegen seiner Ansichten, sondern wegen seines Charakters. Noch irriger seien die Erwartungen der Nationalisten in bezug auf Hindenburg selbst gewesen. Die Berechnungen eines Ludendorff und anderer Diehards, daß ein Monarchist wie Hindenburg der Republik nicht die Treue halten und ein Militarist wie er kein Friedenswerkzeug sein könne, sei falsch gewesen; nicht weil Hindenburg ein dunkler Charakter, sondern weil er ein ehrlicher Charakter sei, so schlicht, daß kluge Leute wie Ludendorff ihn nicht verstünden. In seinen Ansichten sei er so veraltet wie einer der pommerischen Grenadiere des Königs Friedrich Wilhelm. Aber sein Pflichtgefühl sei gewaltig und lebhaft. Als sein Pflichtgefühl ihn gezwungen habe, zwischen dem Kaiser und dem Vaterland zu wählen, habe er sich zu seinem Vaterland gestellt, obwohl es eine Regierungsform angenommen hätte, die er verabscheute. Die Republik sei für ihn das Vaterland geworden, und er gehörte ihr als dem Willen des Vaterlandes. Es sei wahrscheinlich, daß niemand Deutschland durch das schwierige Fahrwasser von Locarno hätte leiten können als Hindenburg. Der Verfasser schildert dann, wie Hindenburg als Kriegsheld zu Ruhm gelangt sei, einem Ruhm, der um so höher gelegen sei, je mehr sich die Wage des Kriegsglücks zu Ungunsten Deutschlands geneigt habe. Damals sei er für das deutsche Volk zum Vater Hindenburg geworden. In den Tagen des Zusammenbruchs habe er die Welt daran erinnert, was Deutschland gewesen war und was es wieder werden könne. Selbst die Kommunisten hätten damals ihre Verehrung bezeugt. Er habe sich damals als der größte der lebenden Deutschen erwiesen, und als solcher sei er dann zum Präsidenten der Republik gemacht worden, und er habe sich dieses Vertrauens würdig erwiesen. Der Verfasser schließt mit den Worten: „Vater Hindenburg noch lange leben und sein niedergebrochenes Land zu seinen Siegen des Friedens führen, welche nicht weniger ruhmvoll sind als jene des Krieges.“

Dazu bemerkt die „Kölner Stadtzeitung“:

In den acht Monaten, die Hindenburg jetzt Präsident des Deutschen Reiches ist, hat er nicht nur seine deutschen politischen Gegner, sondern auch das Ausland zu der Anerkennung gezwungen, daß er ebenso das Vorbild eines Staatsoberhauptes ist, wie er das eines Heerführers war. Es ist heute nicht mehr möglich, aber auch nicht nötig, alle die einzelnen Stimmen zu verzwecken, die diesem Gedanken Ausdruck geben. Wenn aber einer der angehörenden englischen Zeitungsmänner wie Gardiner dem „Vater Hindenburg“ einen besonderen Aufsatz des oben angedeuteten Inhalts widmet, so darf man davon mit Genugtuung Kenntnis nehmen. Man braucht ihm nichts hinzuzufügen als den Wunsch, daß bald auch andere irgendeine Ansicht des Auslandes berichtigt werden möchten.

Aus Stadt und Land.

Posen, den 16. Dezember.

Erweiterung des polnisch-deutschen Fernsprechverkehrs.

Die Posener Post- und Telegraphendirektion bittet uns mitzuteilen, daß von heute, Dienstag, ab Ferngespräche zwischen Posen, Nowy Dwór, Gnesen, Ostrowo, Lissa, Rawitsch, Kratoschin, Birnbaum und Ventzien einerseits und Berlin, Frankfurt a. O., Hamburg, Sietum, Steinau a. Oder, Lüchow, Schneidnit, Saarau (Kr. Schweidnitz), Überlangenbielau, Trachenberg i. Schl., Dels i. Schl., Beuthen i. Obersch., Gleiwitz, Ratibor, Glogau, Grünberg i. Schles., Hirschberg i. Schles., Rothenburg a. Oder, Sagan und Neusalz a. Oder andererseits zugelassen sind. Über die Höhe der Gebühren für die einzelnen Orte kann man sich im zuständigen Post- und Telegraphenamt unterrichten.

Das Wetter der vergangenen Woche.

Die große Kälteperiode der ersten Dezemberwoche ist zu Ende. Am Ende der Vormoche hatte die Kälte in Südböhmen ihre höchste Intensität erreicht. Bei einem Luftdruck von 786 Millimeter Höhe zeigte das Thermometer Sonnabend vor acht Tagen in München nicht weniger als 27 Grad Kälte. Die gleiche Temperatur meldete die Bugspitze; aber auch im deutschen Nordwesten war es in der vorangegangenen Nacht ungemein kalt gewesen; Hannover hatte es bis auf 28 Grad unter Null gebracht, und selbst in Bremen und Wilhelmshaven wurden 15 Grad Kälte verzeichnet. Dem gegenüber hatte Berlin nur 10 Grad, Königsberg sogar nur 5 Grad Kälte, die Folge einer relativ warmen Westströmung am Nordrand des mitteleuropäischen Hochdruckgebiets, die von einem tiefen Minimum über dem Eismeer erzeugt wurde. Im Rheingebiet setzte jedoch schon Montag beträchtliche Erwärmung der Kälteperiode ein. Im Nostost betrug Dienstag früh die Inversion zwischen dem Erdboden und 800 Meter Höhe nicht weniger als 18 Grad Celsius. Allmählich machte sich die Erwärmung auch in den bodennahen Schichten geltend; so hatte auch Dienstag schon 8 Grad Wärme gegenüber 20 Grad Kälte in München. Mittwoch breitete sich die Erwärmung bis ins mittlere Norddeutschland aus. Erst im Laufe des Donnerstag war die nur einige hundert Meter dicke Kältesäule aus dem Binnenland verdrängt; sie hatte sich bis nach Rußland und dem Balkan zurückgezogen, und die Warmluft der inzwischen stark verflachten, aber bis zur nördlichen Nordsee gelangten Depression überflutete in fräftigen Strömen Mitteleuropa, so daß die dicke Schneedecke abzuschmelzen begann. Freitag wurden auch im Inneren Norddeutschlands 5 Grad Wärme erreicht oder eine Kleinigkeit überschritten, und es scheint, daß das Tauwetter für geraume Zeit bei uns die Oberhand behalten wird, da sowohl auf dem Atlantischen Ozean, wie über dem nördlichen amerikanischen Kontinent tiefe und ausgedehnte Depressionen liegen, die oft wärts wandern dürfen, und die sich westwärts bis an die Gewässer von Alaska erstrecken.

Die nächste Stadtverordnetenversammlung findet morgen, Mittwoch, zu gewohnter Stunde statt. Auf der Tagesordnung stehen u. a. folgende Angelegenheiten:

Erläuterung der Interpellation über die Börsenscheffallensteuer; Feststellung der Umsatzsteuer für 1926; Aufnahme einer Auslandsanleihe; Bewilligung weiterer Nachtragskredite für einzelne Positionen des diesjährigen Haushalts; Änderung von Straßennamen in den neuen Vorstadtgemeinden.

Aufschaltung der Ausfuhrrechtschränkungen von Mindern aus Posen und Pommerellen. Da die Lungensuppe in Posen und

Pommerellen als beigelegt zu betrachten ist, hat der Wojewode von Posen die Einschränkungen bei der Einfuhr von Mindern aus Posen und Pommerellen über die Wojewodschaft Posen aufgehoben.

X Erhöhung des Bierpreises. Der Bierpreis ist seit einigen Tagen um 25 v. H. erhöht worden, gemäß einem Beschlusse des Brauereiverbandes Posen-Pommerellen. Die Erhöhung wird begründet mit der Notwendigkeit der Einfuhr ausländischen Hopfens und der Steigerung anderer Unkosten. Der Brauereiverband hatte vor kurzem durch Anzeige bekannt gegeben, daß er die Biere nur gegen Barzahlung liefern könne. Durch Mundschreiben hatte er den Gastwirten gleichzeitig mitgeteilt, daß er genötigt sei, den Preis für Fassbier um 25, den für Flaschenbier um 30 v. H. zu erhöhen.

X Die Täter des Raubüberfalls im Kreise Jarotschin gesucht. Nach einer Mitteilung der Polizei in Ostrowo sind die beiden Männer, die in der vergangenen Woche in Chotomu im Kreise Jarotschin auf die katholische Schule einen Banditüberfall verübt und die Schwester Francisca der Lehrerin Janowiak erschossen, gestern festgenommen und bei der Gegenüberstellung von der Lehrerin ganz bestimmt als die Täter erkannt worden. Der eine stammt aus Posen, der andere aus Gnesen. Beide bestreiten das ihnen zur Last gelegte Verbrechen.

X Ein Auge verloren hat gestern abend gegen 8 Uhr der 10jährige Schüler Bogdan Zytomiatz, indem er beim Überqueren des Fahrdammes in der Bieckstrasse (fr. Bäderstraße) von einem Kraftwagen angefahren wurde und dabei um sein Auge kam.

X Als Dieb festgenommen wurde gestern in Fabianowice der Müller Kosinski, der in der dortigen Mühle 18 Zentner Weizenmehl gestohlen hatte; das Mehl wurde beschlagnahmt.

X Diebstähle. Gestohlen wurden: aus einer Wohnung Posener Straße 27 Kleiderstoffe im geringen Wert und 150 zł; gestern abend beobachtete auf der Wallstraße ein Schuhmann eine Person, die ein Paar bei sich führte und, nach dem Personalienausweis fragte, das Paar mit 4 Stück rosa Inlett von sich warf und entkam; die Inletts können im 5. Polizeikommissariat auf der Wallstraße beschlagnahmt werden. Ferner wurden gestohlen: aus einem Geschäft Alter Markt 62 2,6 Meter Gabardine- und 2½ Meter Baumwollstoff im Gesamtwerte von 140 zł; aus einer Wohnung in der Breslauer Straße 35 ein Kissen, zwei Bettdecken, eine Eischede und mehrere Kleider im Gesamtwerte von rd. 200 zł.

X Der Wasserstand der Warthe in Posen betrug heut, Dienstag, früh + 0,54 Meter, gegen + 0,50 Meter gestern früh.

X Vom Wetter. Heut, Dienstag, früh waren 3 Grad Kälte.

Vereine, Veranstaltungen usw.

Mittwoch, 16. 12.: Gemischter Chor Posen, 8 Uhr abends: Übungsstunde.

Mittwoch, 16. 12.: Evang. Verein Junger Männer: Bibelbesprechung.

Donnerstag, 17. 12.: Bachverein, in der Kreuzkirche: Weihnachtsoratorium.

Donnerstag, 17. 12.: Evang. Verein Junger Männer: Posaunenübungsstunde.

Donnerstag, 17. 12.: Radfahrerverein Poznań: Übungsbabend.

Freitag, 18. 12.: Verein Deutscher Sänger, 8 Uhr abends: Übungsstunde.

Sonnabend, 19. 12.: Evang. Verein Junger Männer: Weihnachtsandacht.

Sonntag, 20. 12.: Bachverein: Weihnachtsoratorium in Lissa.

Sonntag, 20. 12.: Evang. Verein Junger Männer: Soldatenweihnachtsfeier.

* Berent, 14. Dezember. Wenig ergiebig fiel dieser Tag die Kreisjagd auf der Staatsdomäne Gr. Klinisch aus. Das Areal ist 1000 Hektar groß. Aufgeboten waren 15 Schützen und wohl an die 30 Kreißer. Nur Kreide wurden nur vier Hasen gebracht. In früheren Jahren brachten die Kreisjagden hier jedesmal wohl an 50 bis 80 Hasen.

* Bromberg, 14. Dezember. Sechs Banditen wurden, nachdem man schon eine Geiselingang nach ihnen gesuchte hatte, nun mehr in Woynowo, Kr. Bromberg, festgenommen. Sie hatten in letzter Zeit mehrere Raubbanken verübt, wobei sie auch von Bedrohungen mit der Waffe Gebrauch machten, ohne allerdings zum Auftreten zu scheuen. Die Täter stehen im Alter von 17 bis 37 Jahren und heißen Anton Rybicki, Leo Chramachyski, Stanislaw Blajecak, Dmitri Babrowski, August Petter und Jan Korecki.

* Götzen, 14. Dezember. Bei einer Jagd in Sobieszko wurde eine Kreisjagd angejagt; 20 Schrotflöten drangen ihr in den Leib. — Drei Arbeiter der Zuderfabrik, die sich bei einer Reparatur einem Motor zu nahe wagten, erlitten Brandwunden. — Der Knecht einer Wirtschaft in Mata Góra erhielt die Nachricht, daß er 10 000 zł in der Staatslotterie gewonnen habe. Auf dem Rückweg von der Lotterie in Rawitsch überfielen ihn drei Banditen und rissen ihm alle Kleider vom Leibe, in der Annahme, auch das Geld zu finden. Der Knecht hatte jedoch das Geld noch nicht abgehoben.

* Kempen, 14. Dezember. Auf dem Wege vom Bahnhof starb der Arbeiter Martin Olejniczak an Herzschlag. — Auf dem Guile Bielski Bogen wurden gestern 8 v. d. Mis. zwei mit Getreide gefüllte Scheunen eingeebnet. Das Feuer soll durch Funkenauswurf einer Lokomotive entstanden sein.

* Inowrocław, 14. Dezember. Einen tragischen Tod hat der frühere Bäcker des hiesigen Stadtparks, Marian Ligocki, in Warschau erlitten, wo er seit einiger Zeit Geschäftsführer des Lokals „Mascotte“ war. Von einem Augenzeuge wird dem hiesigen „Dz. P. u.“ über den Vorfall folgendes berichtet: Zwischen dem Kassierer und einem Kellner des genannten Lokals war ein Streit entbrannt, der solch scharfen Formen annahm, daß der Kellner einen Revolver zog und auf den Kassierer einen Schuß abfeuerte. Als dies Herr Ligocki sah, eilte er hinau, um dem Revolverhelden die Waffe zu entreißen. Hierbei fiel noch ein Schuß, von dem L. in den Bauch getroffen wurde. Da eine Operation nicht möglich war, verstarb L. drei Tage darauf. Seine Bestattung fand auf dem Friedhof Brudno bei Warschau unter zahlreicher Beteiligung statt. Das Lokal „Mascotte“ wurde von der Behörde geschlossen.

* Kolmar i. B., 14. Dezember. Am Freitag fand im Hotel Kosciuszko eine gut besuchte Versammlung der Wähler für die Kreistagswahl, die am 20. erfolgen, statt. Dr. Sondermann trug die wichtigen Beschlüsse betreffend Vorbereitung und Ausführung der Wahl vor, auf die unbedingte Notwendigkeit hinweisend, daß sich jeder an der Wahl beteilige. Dann hielt das Mitglied des Kreisausschusses Poethelt einen Vortrag über die Wirtschaft des Kreises. Das Vermögen des Kreises beträgt rd. 345 000 zł, die Schulden sind rd. 68 000 zł. Die Stadt Schneidemühl hat beim Ausscheiden aus dem Kreisverband 50 Prozent des Vermögens und der Schulden des Kreises übernommen und sich zur Zahlung einer jährlichen Rente von 40 000 Mark verpflichtet. Die Einnahmen und Ausgaben balancieren mit 195 700 zł. Eine besonders große Rolle im Haushalt des Kreises spielen die Chausseen. Es sind davon im Kreise vorhanden: 17 Km. Staatschausseen, 97 Km. Provinzialchausseen und 56 Km. Kreischausseen, zusammen 170 Km.; das ist für den Kreisbaumeister recht viel, da einem solchen in der Regel nicht mehr als 150 Km. unterstellt werden. Zur Seite stehen ihm vier Begeleiter und 26 Arbeiter. Das Budget hierfür schließt mit etwa 124 000 zł in Einnahme und Ausgabe ab. Von den übrigen 159 000 zł aus Einnahmen kommen 153 000 zł aus Steuern. In den Städten wohnen 14 000, auf dem Lande 28 000 Personen. Über einige Steuerfragen, besonders die Grundsteuer, entwickelte sich eine angeregte Aussprache. Dann machte Herr Poethelt noch einige Ausführungen über die Krankenkasse, aus denen zu entnehmen war, daß die

Krankenkasse im Durchschnitt täglich eine Einnahme von rd. 1000 zł hat; 18 Proz. werden für Honorierung der Ärzte gebraucht, 22 Proz. für die Rechnungen des Polizei, 5 Proz. für die Bureaus, der bei weitem größte Teil der Ausgaben aber wird durch die sonstigen Kosten an Krankengeldern usw. verursacht.

s. Koschmin, 14. Dezember. Hier starb gestern im 56. Lebensjahr der Apothekenbesitzer und stellvertretende Bürgermeister Wacław Balcerzak.

* Rawitsch, 11. Dezember. Gestern fiel es Bübewohnern des Grundstücks Kolejowa 51, in dem die Lumpen sammeln. Schmidtsche Eheleute in einer Kammer hausten, auf daß diese seit einigen Tagen nicht zum Vorschein gekommen waren. Sie drangen in die Wohnräume ein und fanden dort die Leute nebst ihrem etwa fünfjährigen Enkelkind (Mädchen) leblos vor. Der Kreisarzt stellt den Tod der beiden Alten fest, während das Kind noch Lebenszeichen zeigte und ins städtische Krankenhaus übergeführt wurde, wo es vorläufig am Leben erhalten bleibt. Der Tod der beiden Eheleute ist anscheinend durch Kohlenoxydgasvergiftung eingetreten.

Aus dem Gerichtsaal.

s. Posen, 14. Dezember. Die 5. Strafammer verurteilte den bekannten Installateur Sieracki von hier, Vorstandsmitglied der Liga zum Schutz des Vaterlandes und des Glaubens, wegen Wirkhandlung von acht Juben zu 180 Złoty Gefängnis.

s. Posen, 10. Dezember. Der Arbeiter Kazimierz Rogowski aus Lajówko verlobte sich mit einer Katarzyna Plisz und hörte sie gehörig an. Der „Bräutigam“ hat aber in Kongreßpolen eine Frau und zwei Kinder. Das Gericht verurteilte Rogowski zu 18 Monaten Gefängnis.

Briefkasten der Schriftleitung.

Spanne werden unzureichend eingesandt, der Versandbeitrag unangemessen, aber ohne Gewahr erzielt. Jeder Anfrage ist ein Briefumschlag mit Freimarke zur eventuellen kritischen Beantwortung beizulegen.)

Sprechstunden der Schriftleitung nur werktäglich von 12—14 Uhr.

o. o. Nr. 101. 1. und 2. Da die Rechnung den Vorbehalt ausdrücklich enthält, sind Sie zu der Forderung berechtigt. 3. Ginen können bis zu 24 Prozent berechnet werden. 4. Kleingeldsparer können voll aufgewertet werden. 5. Das können wir Ihnen nicht eher sagen, als bis Sie genau angeben, an welchem Tage die Eintragung erfolgt ist. 6. Ja. 7. Diese Frage haben wir schon so oft beantwortet, daß wir abermalige Beantwortung jetzt ein für allemal ablehnen müssen.

E. B. in W. 1. Der Onkel könnte das wohl, aber er wird es wohl kaum tun, da er sich mit strafbar gemacht hat. 2. Das darf der Schwiegervater nicht. 3. Ja, das kann er.

G. G. in A. 1. Die 10 000 Mark haben einen Wert von 12 300 zł, diese sind mit 15 Prozent, d. h. auf 1845 zł aufzuwerten, ebenso die rüstdäglichen Ginen. Was die Ihnen angebotenen 98 zł bedeuten, können wir Ihnen nicht sagen, da müssen Sie sich schon bei der Kasse erkundigen. 2. Die zweite Hypothek von 150 000 poln. Mark hat einen Wert von 500 zł; diese sind ebenfalls mit 15 Prozent aufzuwerten, d. h. auf 75 zł.

Hausnummer 46. Es kommt darauf an, ob Ihre Schwester mit ihrem Manne in Gütergemeinschaft lebt. Ist das nicht der Fall, dann hat sie das Recht, die Ginen allein zu verlangen und zu verbrauchen, und zwar nach dem verabredeten Zinsfeste von 4 Prozent. 2. Ja. 3. Mit 15 Prozent. 4. am 1. Juli 1919 1 Złoty = 81 Goldpfennig.

Lodzer Kinderhilfe.

Bauernverein Samter	149.—	Złoty
Stre	30 20	-
Trzcionka	179.—	-
Hildchen und Kleinen Bojgi, Gorzkowice	10.—	-
Landwirtschaftlicher Verein Lomia Knapikowice	100.—	-
Vortrag aus Nr. 286	268	

Handel, Finanzwesen, Wirtschaft, Börsen.

Handel.

Königsberger Frühjahrsmesse: Sonderausstellung Licht, Wärme, Kälte. Das Königsberger Messeamt baut das Programm der technischen Messe in der Weise aus, daß es für solche Wirtschaftszweige, die für den Osten wichtig sind, aber im Rahmen der allgemeinen Messe nicht voll zur Geltung kommen, in loser Folge Spezialausstellungen veranstaltet, die ein geschlossenes Bild von dem Stand des in Frage kommenden Gebietes geben. Zur Frühjahrsmesse 1926 (14.–17. Februar) wird das für jeden Haushalt bedeutende Gebiet der Energiewirtschaft in seiner Anwendung auf Licht, Wärme und Kälte eingehend dargestellt. An dem Aufbau dieser Sonderausstellung sind die maßgebenden Organisationen der Elektrizitäts- und Gaswirtschaft sowie der Heizungs- und Kälteindustrie führnd beteiligt. In einem umfassenden Vortragsprogramm werden gleichzeitig Theorie und Praxis dieses Gebietes eingehend behandelt.

Wirtschaft.

Warum sind die Krankenkassenbeiträge so hoch? Uns wird geschrieben: „Auf einem Gute im Kreise Santer wurden im Jahre 1913/14 215 Arbeiter beschäftigt. Die Kosten für Arzt und Apotheke betrugen in diesem Jahre 1250 Reichsmark (das Gut war damals der Krankenkasse nicht angeschlossen). Die Arbeiter zahlten nichts.“ Im Verhältnis zum Barlohn betrugen die Kosten für Arzt und Apotheke 1,6%. Der kranke Arbeiter erhält das volle Deputat. Im Jahre 1924/25 wurden 205 Arbeiter beschäftigt und an die Krankenkasse 950 Zloty bezahlt, wovon auf den Arbeitgeber 575 Zloty entfielen. Im Verhältnis zum Barlohn betrug der vom Arbeitgeber gezahlte Betrag 8,2%, der ganze an die Krankenkasse abgeführt wurde 13,6%. Heute erhält der kranke Arbeiter 2,10 Zloty für den Tag ohne jedes Deputat, denn der Arbeitgeber ist auf Grund eines Gerichtsbeschlusses nicht verpflichtet, zu dem Krankengeld, das dem Arbeitnehmer direkt ausgezahlt wird, etwas hinzuzufügen. Das Gut hat demnach heute das Achtstafache des Friedensbetrages an die Krankenkasse zu zahlen.“

Auf einer internationalen Tagung ist Polen letztmals dafür beglückwünscht worden, daß es eine der besten Sozialversicherungen der Welt besäße. Wir glauben, daß dieser Glückwunsch weniger herzlich ausgefallen wäre, wenn man gewußt hätte, in welchem Misverhältnis Beiträge und Leistungen der Krankenkasse, wie dieses Beispiel zeigt, stehen. Es erscheint uns eine dankenswerte Aufgabe für die neu zusammengetretene Sparkommission zu sein, in die Verwaltungen der Sozialversicherungsanstalten hineinzuleuchten und dafür Sorge zu tragen, daß die Beiträge der Arbeitgeber und Versicherten geringer, die Leistungen der Anstalten aber größer werden. Auch die Ärzte und Apotheker werden dankbar sein, wenn sie nicht, wie bisher, wochen- und monatlang auf die Begleichung ihrer Rechnungen zu warten brauchen.

Industrie.

Die Steuerschuld der polnischen Giesecke-Gesellschaft und der Vertrag mit Harriman. Der Vertrag zwischen Georg v. Gieseckes Erben, Breslau, und dem Harriman-Konzern, der dem amerikanischen Kapital die ausschlaggebende Beteiligung an dem polnischen Besitz der Giesecke-Gesellschaft einräumt, hat zur Voraussetzung seines Inkrafttretens bekanntlich die Beilegung des Streitstreites zwischen Giesecke und der polnischen Regierung. Dieser Streit ist nunmehr durch ein schiedsgerichtliches Verfahren zugunsten der Giesecke-Gesellschaft entschieden worden; der vom polnischen Fiskus errechnete Steuerbetrag von 54 Mill. Zloty ist auf 17 Millionen herabgesetzt worden.

Banken.

Von der Polski-Bank Handlowy. Die „A. W.“ meldet: In der gestrigen Sitzung der Gläubiger der Polski Bank Handlowy hat sich unter dem Vorsitz Dr. Jagiełkis ein Gläubigerkomitee zur Prüfung der tatsächlichen Lage gebildet. Zum Komitee gehören: Der Rat Kazimierz Dziedzicki (Vorsitzender), Eusebiusz Wardejn (Vizevorsitzender), Romuald Lietz (Sekretär), Dr. Adam Schneider (stellv. Sekretär), Dr. Mieczysław Seydlitz, Zygmunt Tebinka, Leon Czarliński, der Vertreter der Bank Miasta Poznania, sämtlich aus Posen, Ligocki, Direktor Gruszczynski und Adolf Świeca aus Warschau; Dr. Adolf Wittlin und Ingenieur Maślanka aus Lemberg; der Starost Bandrowski aus Krakau, Apotheker Nadolski aus Dirschau und aus Schlesien ein Vertreter der Spółka Bracka. Das Komitee hat das Recht der Zuwahl, wird die Interessen der Gläubiger wahren und alle Vergehen, die vorkommen sollten, ahnden. Es hat von der Bankdirektion die Übergabe aller zur Führung der Amtsgeschäfte nötigen Räume mit dem notwendigen Personal verlangt und wird mit ganzer Energie seine Tätigkeit beginnen.

Märkte.

Getreide. Warschau, 14. Dezember. Notierungen für 100 kg fr. Verladestation (fr. Warschau). Kongr.-Weizen 128 f hol. Sorte I 42, Kongr.-Weizen 38, Kongr.-Roggen 118 f hol. 26.60, 116 f hol. (26.50), Kongr.-Einh.-Hafer 23–22½, Kongr.-Seradella 20, 50proz. R.-Mehl 56.

Lemberg, 14. Dezember. Roggen 2.55, Futtergerste 2.35, Domänengerste 2.50 Dollar, Hafer 2.35–2.40, W.-Kleie 1.70 Dollar. Alles loko Verladestation. Im Inlandsverkehr W.-Mehl „0000“ 73 zt., „000“ 62 zt., loko Station Włodzimierz. Tendenz fallend. Weiß-Weizen 35–37, Rotweizen 40–42, kleinpoin. Roggen 24½ bis 25½, kleinpoin. Hafer 24½–25½.

Danzig, 24. Dezember. Weizen 128–130 f hol. 13–13½, 120–123 f hol. 11½–12½, Roggen 118 f hol. 8.10, Futtergerste 8.25–8.75, Braugerste 9½–11, heller Hafer 8½–8.90, gelber

8–8.30, Futtererbsen 9¾–10¼, Speiserbsen 10–11, Viktoria 12½–15¼, R.-Kleie 5½–5¾, W.-Kleie 7–7.125 für 50 kg fr. Danzig. 60proz. R.-Mehl 28, „000“ W.-Mehl 49, neues inländisches Weizenmehl 43½ für 100 kg.

Berlin, 14. Dezember. Getreide- und Ölsaaten für 1000 kg fr. Verladestation. Mehl und Kleie für 100 kg loko Berlin. Märk. Weizen 240–254, Pomereller 252–257, märk. Roggen 147–153, Pomereller 150–156, Braugerste 188–214, Winterfuttergerste 154–166, märk. Hafer 163–173, W.-Mehl 32½–36¼, R.-Mehl 22–24½, W.-Mehl 11½–11¾, R.-Mehl 9¾–10.20, Raps 360 bis 365, Viktoriaerbsen 26–32½, Futtererbsen 19½–20½, Peterschken 17–18, Feldbohnen 20–21, Wicken 21–23, blaue Lupinen 11¾–12½, gelbe 13–14½, Rapskuchen 15–15½, Leinkuchen 23.60–23.80, Kartoffelflocken 14.70–15.20. Tendenz anhaltend.

Chicago, 12. Dezember. Cts. für 1 bushel. Weizen Hardwinter Nr. II loko 169½, Dezember alt 166, neu 167½, Mai alt 164, neu 165½, Juli neu 145½, mixed Nr. II 171, Roggen Dezember 96½, Mai 105, Juli 103½, Mais gelb Nr. III neu loko 76, Nr. III alt loko 80, Dezember 77½, Mai 84½, Juli 86, Hafer weiß Nr. II loko 44½, Dezember 41½, Juli 45½, Mai 45, Gerste malting loko 71–75. Tendenz unverändert.

Hamburg, 14. Dezember. Notierungen ausl. Getreidearten für 100 kg in hfl. Dezemberlieferung Manitoba-Weizen 17.45, II 17.10, III 16.80, Baruso 79 kg Januar-Febr. 16.55, Gerste Dunaj-russische 9.30, Malting Barley 9.30, Mais La Plata 10.40, Hafer Whiteclipped 9.90. Tendenz ruhig. Roggen nicht notiert. Sonst unverändert.

Metalle. Berlin, 14. Dezember. Amtliche Notierungen für 1 kg in deutscher Mark. Elektrolytkupfer für 100 kg 133½, Raffinade kupfer 99–99.3% und Standard Dezember 1.18–1.19 und 1.17½–1.18½, Originalhüttenrohrzink i. fr. Verkehr 0.76½–0.77½, Remelt Platzenzink gew. Handelsgüte 0.64–0.65, Orig.-Aludminium 98–99% in Blocks, Barren, gewalzt und gezogen 2.35 bis 2.40, dasselbe in Barren, gew. und gez. in Drahtbarren 2.40–2.50, Reinnickel 98–99% 3.40–3.50, Antimon Regulus 1.60–1.65, Silber mind. 0.900 f. in Barren 94½–95 Mark für 1 kg, Gold i. fr. Verkehr 2.80–2.82 Mark für 1 Gramm, Platin im fr. Verkehr 14.25 bis 14.50 Mark für 1 Gramm.

Baumwolle. Bremen, 14. Dezember. Amtliche Notierungen in amerik. Cts. für 1 engl. Pfund (453 Gramm). 1. Ziffer Verkauf, 2. Einkauf. Amerik. Baumwolle loko 21.43, Januar 19.75–19.60, März 19.88–19.77, Mai 19.89–19.85, Juli 19.75–19.68, September 19.65–19.46, Oktober 19.50–19.33. Tendenz ruhig.

Getreidepreise für 100 Kilogramm in Zloty zum Tageskurse der Berliner Börse. Höchstnotizen.

Weizen:	7. 12.	8. 12.	9. 12.	10. 12.	11. 12.	12. 12.	13. 12.	14. 12.
Posen	35.00	—	—	—	40.00	43.00	39.30	—
Berlin	47.80	55.30	56.10	55.50	58.10	58.50	55.20	—
Chicago	51.10	60.10	59.40	59.75	62.20	60.50	58.85	—

Roggen:	7. 12.	8. 12.	9. 12.	10. 12.	11. 12.	12. 12.	13. 12.	14. 12.
Posen	21.75	—	—	—	24.00	24.00	23.25	—
Berlin	29.70	34.40	34.60	34.20	35.50	35.00	33.90	—
Chicago	32.50	39.00	38.10	38.40	39.10	36.80	37.30	—

Gerste:	7. 12.	8. 12.	9. 12.	10. 12.	11. 12.	12. 12.	13. 12.	14. 12.
Posen	21.00	—	—	—	23.00	23.00	22.30	—
Berlin	31.60	36.40	37.20	36.80	38.70	39.20	36.65	—
Chicago	—	32.00	31.90	32.10	32.40	33.60	32.40	—

Hafer:	7. 12.	8. 12.	9. 12.	10. 12.	11. 12.	12. 12.	13. 12.	14. 12.
Posen	20.25	—	—	—	25.00	26.00	23.75	—
Berlin	33.—	38.10	38.70	38.10	39.80	39.80	37.90	—
Chicago	22.30	27.40	27.20	27.60	28.60	29.20	27.05	—

Städtischer Viehmarkt vom 15. Dezember 1925

Offizieller Marktbericht der Preisnotierungskommission.

Es wurden aufgetrieben: 5.1 Rinder, 1684 Schweine, 305 Kälber, 809 Schafe, zusammen 3379 Stück Tiere.

Man zahlt für 100 Kilogramm Lebendgewicht:

Rinder: Ochsen: vollfleischige, ausgemästete Ochsen von höchstem Schlachtwert, nicht angespannt — vollfleischige ausgemästete Ochsen von 4 bis 7 Jahren 92.00, junge, fleischige, nicht ausgemästete und ältere ausgemästete 78.00, mäßig genährt, junge, gut genährt ältere 64.00. — Bullen: vollfleischige jüngere 76, mäßig genährt jüngere und gut genährt ältere 66. — Färse und Kühe: vollfleischige, ausgemästete Kühe von höchstem Schlachtgewicht bis 7 Jahre 94.00, ältere, ausgemästete Kühe und weniger gute jüngere Kühe und Färse 78, mäßig genährt Kühe und Färse 64, schlecht genährt Kühe und Färse 46.

Kälber: beste, ausgemästete Kälber 106, mittelmässig geästete Kälber und Säuglinge bester Sorte 94–95, weniger geästete Kälber und gute Säuglinge 86–88, minderwertige Säuglinge 70–75.

Schafe: Mastlämmen und jüngere Masthammel 68–70, ältere Masthammel, mäßige Mastlämmen und gut genährt, junge Schafe 60–62, mäßig genährt Hammel und Schafe 50.

Schweine: vollfleischige von 120 bis 150 Kilogramm Lebendgewicht 162, vollfleischige von 100 bis 120 Kilogramm Lebendgewicht 158, vollfleischige von 80–100 kg Lebendgewicht 150, fleischige Schweine von mehr als 80 Kilogramm Lebendgewicht 136–140, Sauen und späte Kastrale 120–150.

Marktverlauf: belebt.

Posener Börse.		15. 12.	14. 12.	15. 12.	14. 12.
4 Pos. Pfdb					

Immer neue Regierungskonflikte.

In Deutschland.

Berlin, 15. Dezember. (R.) Die Reichstagsfraktion der Deutschen Volkspartei trat am Montag abend nach der Plenarsitzung im Reichstag zu einer Fraktionssitzung zusammen, in der der Abgeordnete Dr. Schöla über den Stand der politischen Lage und über seine Besprechungen mit dem Abgeordneten Koch-Weser berichtete. Die Fraktion erklärte sich mit der Haltung ihres Vorsitzenden einverstanden, der bekanntlich sich dem Abg. Koch gegenüber zu weiteren Verhandlungen bereit erklärt hat. Es wurde, wie wir weiter hören, der Meinung Ausdruck gegeben, daß nun endlich in eine Diskussion über die sozialdemokratischen Programmpunkte eingetreten werden müsse. Wie wir aus Zentrumskreisen hören, hat am späten Abend des Montags der Abgeordnete Fehrenbach (Zentrum) eine längere Besprechung mit dem Abgeordneten Dr. Schöla (Deutsche Volkspartei) gehabt. Fehrenbach wies erneut auf die Notwendigkeit der großen Koalition hin und erklärte, daß das Zentrum sich an keiner anderen Regierung beteiligen werde.

Berliner Pressestimmen.

In den Blättern kommt die Unzufriedenheit damit, daß die Regierungskräfte schlechterdings nicht vom Fleiß kommen, mehrfach zum Ausdruck.

Der "Vorwärts" meint, daß wir in Deutschland recht gemütliche Regierungskrisen hätten, die in krassen Gegensatz zu der draußen herrschenden Not ständen. Man wolle offenbar immer noch nicht einsehen, daß ein Bruch mit der bisherigen inneren Politik die Voraussetzung für eine Gesundung der deutschen Wirtschaft sei. Das Blatt zieht aus dem gestrigen Beschuß des Reichstages, die Bezüge der Erwerbslosen nur um 30 Prozent zu erhöhen, die Folgerung, daß die bürgerlichen Parteien nicht bereit seien, den sozialdemokratischen Vorschlag eines künftigen Regierungsprogramms, auf dem auch die Forderung einer Erhöhung der Erwerbslosunterstützung um 50 Prozent steht, anzunehmen. Dann werde aber die Sozialdemokratie ihren Kampf für die Erwerbslosen in der Opposition führen.

Die "Deutsche Tageszeitung" zieht aus dem Stand der Dinge den Schluß, daß der Gedanke der Großen Koalition überhaupt bankrott sei, weil die dafür in erster Linie in Betracht kommenden Parteien eben keine gemeinsame Plattform hätten, und daß sie schnell zusammenbrechen werde, selbst wenn es gelingen sollte, jetzt äußerlich eine Einigung zwischen den widerstreitenden Gruppen herbeizuführen.

Die "Tägliche Rundschau" hofft, daß jetzt endlich Bührer mit der Regierungsbildung beauftragt werden würde. Das Volk werde sich mit seiner Regierung schon abfinden; denn es habe keine Sehnsucht nach einer neuen Regierung und nach neuen Männern. Wenn die Parteien vertragen, müßten eben die Persönlichkeiten in den Vordergrund treten und tun, was die Staatsnotwendigkeiten erforderten.

Bekanntlich waren die Deutschnationalen recht belämmert, als sie beim Beginn der Krisis mit den Kommunisten aus

dem Kreise derer ausgeschlossen wurden, die vom Reichspräsidenten zu Besprechungen empfangen wurden. Jetzt ist alles wieder gut; denn das "Deutsche Tageblatt" meldet in Zeitdruck, daß gestern vormittag auch Herr v. Graefe mit dem Reichspräsidenten eine politische Aussprache gehabt habe.

Regierungskrisen in Frankreich?

Wie die polnischen Morgenblätter melden, ist innerhalb der Regierung Frankreichs wieder die Neigung vorhanden, zurückzutreten. Loucheur, der besonders stark von der Rechten angegriffen wird, soll sofort sein Rücktrittsgesuch einreichen, da seine Finanzpolitik den Staat ruinieren. Die Stellungnahme richtet sich nicht nur gegen Loucheur persönlich, sondern gegen sein System und die Kartellpolitik. Die Rechtsblätter bringen in ihrer Sonntagsnummer groß aufgemachte sensationelle Überschriften, in denen sie von dem Krieg Frankreichs und der großen Katastrophen sprechen. "Echo de Paris" schreibt, daß die Kassen und Banken ohne Banknoten sind. "Matin" bringt Alarmartikel, in denen es heißt, daß Frankreich schwer bedroht ist. Die Subsistenz ist verbraucht, das Volk muß zu Gegennahmen schreiten. Aus politischen Kreisen verlautet, daß Loucheur das gleiche Los wie Gailloux bestehen sein werde, obwohl nicht zu erkennen sei, daß auch er sich wehren werde. Doch er werde zum Rücktritt gezwungen werden, dazu sei die Finanzlage und der hohe Kurs des Frank (14. 12. 25 130 Franc für ein Pfund Sterling) geeignet. Dreihundert Großindustrielle haben eine Resolution gefaßt, in der gesagt ist, daß die Großindustrie den Steuerstreik proklamieren werde, wenn Loucheur sein Projekt nicht fallen läßt.

In der Finanzkommission ist die Kapitalflucht vorläufig mit 15 gegen 5 Stimmen abgelehnt worden. Die Situation Loucheur gegenüber ist sehr gespannt. Die Mehrheit der Kammer verlangt eine schnelle Beilegung der Konflikte. Als Nachfolger Loucheurs wird Volanowski genannt.

In der Finanzkommission stellte der Deputierte Renaudel den Antrag auf Ablehnung der Regierungsvorschläge. Er wurde mit 10 gegen 6 Stimmen angenommen. Die Annahme des Antrages Renaudel ist angeblich ein Zeichen dafür, daß Loucheur das Misstrauen vom erhalten werde.

Loucheur-Krise?

Paris, 15. Dezember. (R.) Die vom Finanzausschuß der Kammer angenommene sozialistische Resolution hat in politischen Kreisen eine gewisse Erregung hervorgerufen. Noch am Abend hat Finanzminister Loucheur mit Ministerpräsident Briand, Pierre Laval und Painlevé verhandelt. Auffallend ist, daß der radikale "Homme Libre", dessen Chefsekretär Mitglied der radikalen Kammerfraktion ist, heute vormittag schreibt: "Es gibt nur zwei Lösungen. Entweder die Regierung nimmt die Abstimmung an und Finanzminister Loucheur arbeitet andere Gesetzentwürfe aus, oder die Regierung nimmt die Abstimmung nicht an und demissioniert. Loucheur allein gehen zu lassen, wäre un würdig.

Ausländische Staatsmänner in Paris.

Turkisch-Russische. — Tschitscherin.

Das Ereignis von heute ist, daß der türkische Minister des Äußern, Lewis Rüschdi-Bej, aus Genf in Paris eingetroffen ist. Als Zweck dieser Reise wird angegeben, daß er mit seiner hier in Paris weilenden Frau und dann besonders mit dem türkischen Botschafter in Paris, Fehti-Bej, der früher einmal Präsident der Nationalversammlung von Angora war und als ein besonders einflußreicher türkischer Politiker gilt, habe zusammenzutreffen wollen. Die Ankunft dieses türkischen Staatsmannes wird hier mit gemischten Gefühlen aufgenommen. Man ist hier aus mancherlei Gründen etwas schärfend darin, welche Haltung man den Türken gegenüber einnehmen soll. Vor ein paar Tagen hatte der türkische Botschafter Fehti-Bej bei Briand vorgesprochen, und im Anschluß daran hatte sich das Gerücht verbreitet, daß jetzt trotz der innerpolitischen und finanziellen Schwierigkeiten in Frankreich Briand vielleicht doch noch selbst sich nach Genf zur Mitarbeit an der Frage von Mossul begeben könnte. Wenn aber der Berg nicht zum Propheten kommt, so kommt der Prophet zum Berg. Obwohl Rüschdi-Bej bei seiner Ankunft heute vormittag gefragt hat, daß er voraussichtlich nur einen Tag in Paris bleiben werde, und daß, wenn er eine Besprechung mit einem französischen Regierungsmittel haben sollte, dies nur ein Zufall sein werde, so nimmt man doch als wahrscheinlich an, daß der türkische Minister des Außen mit Briand oder zum mindesten mit Berthelot zusammentreffen wird.

Gestern hat Tschitscherin mit Briand und den wichtigsten Beamten des holländischen Auswärtigen Amtes zusammen getroffen und mit Briand eine lange Unterredung gehabt. Am Abend wurden auf der russischen Botschaft 250 Gäste empfangen, darunter auch der deutsche Botschafter. Auch einige Vertreter der deutschen Presse waren geladen. Die Unterredung zwischen Briand, Berthelot und Tschitscherin soll am Mittwoch weitergeführt werden. Besprochen wurden, so viel man hört, Fragen dreierlei Art: erstens die Nachprüfung verschiedener Verträge zwischen Frankreich und Russland, die Klärung darüber, welche von diesen Verträgen nunmehr hinfällig seien, und welche aus der Kriegs- oder Kriegszeit in mehr oder weniger veränderter Form in die Zukunft mit hinübernommen werden könnten. Die zweite Reihe der Fragen ist wirtschaftlicher und finanzieller Natur. Es handelt sich hierbei um die Regelung der russischen Kriegsschulden und um den etwaigen Schadensfall für die Verluste ehemals im Russland bestehender französischer Firmen. Die Russen machen gegenüber diesen französischen Ansprüchen geltend, daß die Feldzüge der Denikin, Koltschak und Wrangel von Frankreich unterstützt worden seien und daß dafür Entschädigungen an Russland gewährt werden müßten. Ferner wünschen die Russen französische Kredite, falls den Inhabern alter russischer Papiere überhaupt irgend eine Hoffnung gemacht werden sollte. Die Auslieferung der sogenannten Wrangelsflokate, die bisher von Frankreich zurückgehalten wurde, spielt gleichfalls hier hinein. Von Berthelot scheint drittens die Frage der diplomatischen Beziehungen angeschnitten worden zu sein, die Haltung Russlands gegenüber dem Völkerbund und dem Vertragwerk von Locarno und die hier behauptete kommunistische Werbetätigkeit der Dritten Internationale.

Deutsches Reich.

Übers 50. Geburtstag.

Berlin, 14. Dezember. Der deutsche Reichstagspräsident Löbe kann am 14. Dezember auf die Vollendung seines 50. Lebensjahrs zurückblicken.

Paul Löbe wurde am 14. Dezember 1875 in Liegnitz geboren. Er besuchte dort von 1882 bis 1890 die Volksschule und trat dann in seine Lehrzeit als Schriftseher. In diesem Beruf war er bis zum Dezember 1898 tätig; die Wanderschaft führte ihn dabei durch Süddeutschland, Österreich-Ungarn, Italien und die Schweiz. Im Jahre 1899 trat er in die Redaktion der Breslauer "Wochenschrift" ein, für welche er noch tätig ist. Als Redakteur dieses Blattes wurde Löbe mehrfach wegen politischer Vergehen mit Gefängnis bestraft, zuletzt 1905. Seit 1905 ist Löbe Stadtverordneter in Breslau, seit 1915 auch Provinziallandtagsabgeordneter für Schlesien. Im Österreichisch-Deutschen Reich hat er das Amt für den Anschluß Österreichs an das Deutsche Reich hat er das Amt des Präsidenten. In der Verfassunggebenden deutschen Nationalversammlung 1919/20 gehörte er dem Präsidium als einer der Vizepräsidenten an. Er wurde dann zum ersten mal 1920 zum Präsidenten des Reichstages erwählt und behielt dieses Amt bis zum Schluß der ersten Wahlperiode 1924. Infolge der Mai-

durchbrüche zu erwarten, die Anerkennung Russlands durch die Vereinigten Staaten zu erreichen.

Einladung Amerikas zur Teilnahme an den vorbereitenden Abrüstungsverhandlungen.

Washington, 15. Dezember. (R.) Das Staatsdepartement hat die Einladung des Völkerbundes zur Teilnahme an den Arbeiten des vorbereitenden Ausschusses für die geplante Abrüstungskonferenz in Genf erhalten. Über den Inhalt der Einladung sind bisher keinerlei Angaben bekannt gegeben worden.

Eine russische Räuberbande überwältigt.

Eine im Gouvernement Orlow-Kursk ihr Unwesen treibende Räuberbande, die erst kürzlich eine Bauernfamilie, bestehend aus neun Personen ermordet hat, ist von den Behörden in Moskau unabschließend gemacht worden. Die Polizei umstellte das Haus eines Kirchendiener, in dem die Bande die aus einer ganzen Reihe von Personen bestand, nachts. Es entpannte sich ein heiterer Kampf, bei dem die Polizei schließlich als Sieger hervorging. 8 Banditen wurden getötet, der Hauptmann der Bande entkam. Ein nur verwundeter Bandit gab die Namen und Adressen der verfolgten Banden an und alle Helferhelfer konnten verhaftet werden.

Abd-el-Krim und Russland.

Eine in Paris erscheinende russische Zeitung beschäftigt sich in ihrer letzten Zeit mit der Frage des Krieges und hat in einer der letzten Nummern einige Zahlen aus französischer Quelle veröffentlicht. Die Bevölkerung gesäßt der im eigentlichen Kriegsgebiet und den anliegenden Gebieten anlässlich werden demnach auf 180 000 Köpfe geschätzt. Von dieser Gesamtbevölkerung enthalten ungefähr 40 bis 50 000 Mann auf die Wehrkraft. In den benachbarten Gebieten werden rund 50 000 Köpfe gezählt, davon 10 000 Krieger. Insgesamt beträgt Abd-el-Krim also 240 000 Menschen und verfügt über Streitkräfte in der Höhe von 60 000 Mann. Hinzu kommen noch zahlreiche Hilfskräfte anderer — sämme von etwa 50 000 Mann, so daß die Gesamtstärke der Krieger insgesamt 110 000 Mann beträgt.

In kurzen Worten.

Der Sohn der verschwundenen Sängerin Jurjewskaja hat an die estnische Regierung das Erbuchen gestellt, seine Frau auf dem Dorpater Friedhof, dem Lieblingsplatz seiner Gemahlin, zu bestatten.

In das Gebäude des Halleschen Bankvereins drangen zwei maskierte Banditen ein und erbeuteten 2000 Mark, nachdem sie die Angestellten schwer verletzt hatten.

Aus London kommt die Nachricht, daß Russland an den Verhandlungen über die Abrüstungsfrage auch teilnehmen will.

Während der letzten Wochen wurden in Samtschatka wiederholte Erdbeben beobachtet.

Der deutsch-russische Handelsvertrag wurde in dritter Lesung mit großer Mehrheit angenommen.

Letzte Meldungen.

Die vorläufigen Ergebnisse der Kreiswahl.

Das "Echo Warszawskie", ein Organ, das der Piastenpartei nahe steht, stellt bei der Berechnung der bisherigen Ergebnisse der Kreiswahl in Polen und in Pommern fest, daß die Ergebnisse für die Piastenpartei günstig seien, da sie durchschnittlich 50-60 Mandate errungen habe. Die Wahlen hätten eine Schwächung der Einflüsse des Nationalen Volksverbandes und der Nationalen Arbeiterpartei erweisen.

Arbeitslosenkundgebung.

Gestern ist es in Warschau zu Arbeitslosen-Demonstrationen gekommen. Die Arbeitslosen wollten sich nach dem Sejm begeben, wurden aber von der Polizei daran gehindert. Die Arbeitslosen wählen eine Abordnung, die dem Sejm-Marschall ihre Forderungen vorbringt. Der Marschall versprach, die Forderungen an die Regierungsfaktoren weiterzugeben. Die Demonstration nahm einen ruhigen Verlauf.

Zur Frage des Friedensrechtes der amerikanischen Inhaber deutscher Schatzscheine.

Washington, 15. Dezember. (R.) Zu der Entscheidung des Obersten Gerichtshofes betreffend Anerkennung eines Friedensrechtes an die amerikanischen Inhaber deutscher Schatzscheine ist nachgetragen, daß diese günstig seien, da sie durchschnittlich 50-60 Mandate errungen habe. Die Wahlen hätten eine Schwächung der Einflüsse des Nationalen Volksverbandes und der Nationalen Arbeiterpartei erweisen.

Aktion Française gegen Fasizismus.

Paris, 15. Dezember. (R.) Gestern abend wurde eine von der Studentengruppe der französischen Fasisten abgehaltene Versammlung durch eine starke Gegendemonstration unterbrochen. Es wurden Brandbomben geworfen, so daß die Tapeten des Versammlungsraumes in Brand gerieten. Die Polizei räumte den Saal.

Die heutige Ausgabe hat 6 Seiten.

Verantwortlich für den gesamten politischen Teil: Robert Styra; für Stadt und Land: Rudolf Herbrecht; für Handel und Wirtschaft: Guido Baez; für den unpolitischen Teil und die Beilage "Die Zeit im Bild": Robert Styra; für den Anzeigenteil: M. Grundmann. — Verlag: "Posener Tageblatt". Druck: Drukarnia Concordia Sp. Akc., sämtlich in Posen.

Nicht
rückwärts

sondern
vorwärts

muß der Blick gerichtet sein, unbekümmert um den besten Lauf. Dies gilt für jeden Geschäftsinhaber. Die erste Sorge zur Hebung der Geschäfte muß die sein, sich der Reklame fortzusetzen zu bedienen. Ohne diese kann ein Geschäftsrückgang nicht verzeichnet werden. Wir empfehlen der Geschäftswelt die in deutschen Kreisen am meisten vertretene Zeitung: das

Posener Tageblatt.

Heute starb hier im Alter von 78 Jahren der frühere Bäckermeister und Kirchenälteste

Herr Hermann Lemke.

Mehr als 30 Jahre war er Mitglied der kirchlichen Körperschaften und Kirchenkassenrentant. Er hat sich in dieser langen Zeit um die Entwicklung der evgl. Kirchengemeinde Schwerenz verdient gemacht. Die kirchlichen Kassen hat er mit großer Treue und peinlichster Gewissenhaftigkeit verwaltet. Die Kirchengemeinde bewahrt ihm ein dankbares Andenken.

Swarzgeb., den 13. Dezember 1925.

Der evangelische Gemeinde-Kirchenrat.
Schulze, Pf. Kistner. Schmidke. Eisele.

B.J. Sass, Goldschmied u. Juwelier, Poznań
Rom. Szymańskiego 1, Hof links 1 (früher Wienerstraße).
Umarbeitung sämtl. Schmucksachen
in gediegener fachmännischer Ausführung nach jedem Wunsch.
Werkstatt für Neuarbeiten und Reparaturen.
Schöne Auswahl in Edelsteinen.

Seriöser Kaufmann sucht
größeres Fabrikunternehmen zu kaufen.
Sofort zur Verfügung 80 000 zł, später mehr.
Reflektiere nur auf erstklassige Objekte. Offerten an „Par“,
Poznań, Aleje Marcinkowskiego 11 unter Nr. 54,848.

Für die Trelbjagden

empfiehlt

Suhler Jagdwaffen

Fabrikate Simson & Co., J. Jäger & Co.

Jagdpatronen (deutsch. Fabr.)

Expreß — Geco — Rottw. Jagdkönig.

Fuchseisen 11b (Org. Grell).



Poznań ul. Wjazdowa 10 MAX WURM Waffen und Munition in Suhl geprüfter Büchsenmacher. 25 Jahre Fachmann. Reparatur-Werkstatt unter pers. Leitung.

Suche Rittergut

1500 bis 2500 Morgen, möglichst mit etwas Wald u. Wasser, gutem Boden, guten Gebäuden, ebenjolchem Inventar u. gemütlichem Wohnhaus. Volle Auszahlung erfolgt in Berlin. Off. erb.

B. Koezorowski, Poznań, ul. Słowackiego 25.

Suche Kraftwagen.

Gut erhalten. 4 Sitze, bis 24 PS., mit elektr. Beleuchtung und Anlasser. Ford ausgeschlossen.

Förster, Bronikowo, pow. Śmigiel.

Rieferne Kloben

I. und II. Klasse, trocken, größere und kleinere Posse in Waggonladungen offeriert billigst

Leon Mania, Holzhandlung, Wronki.

Kieferne Kloben I. Kl.

trocken, der sofort verkauft, auch bei Gegenlieferung von Roggen und Weizen,

Holzhandlung G. Wilke, Poznań, Sew. Mielżyńskiego 6, gegr. 1904.

AUSWAHLSENDUNG GEGEN REFERENZEN

B. SCHULTZ

TELEFON 1513 **POZNAŃ** GWARNA 10.
GEGRÜNDET 1840.

GRÖSSTES SPECIALHAUS
FÜR FEINE
PELZWAREN

EIGENE ATELIERE
FÜR MASSANFERTIGUNG

Der Einkauf von Pelzwaren ist Vertrauenssache. Mein seit über 85 Jahren bestehendes Specialgeschäft leistet Garantie für fachmännisch sauberste Arbeit u. tadelloses gesundes Fellmaterial.

MODERNISIERUNGEN BEREITWILLIGST.

Weine und Spirituosen
Karol Ribbeck

Inhaber: ALEKSY LISSOWSKI

Telephon 8278 POZNAN Počtowa 23
Gegründet 1876.

Edle Obstweine
Château Rouge, Bordeaux-Charakter
Excelsior, Rheinwein-Charakter
garantiert rein vollmundig rassig
empfiehlt

Brauerei u. Obstweinkelternel Richard Hirsch, Ostrów.

Zu kaufen gesucht silberne Kaffeekanne.
Angebote mit Zeichnung od. Photographie, Angabe der Höhe des Gewichtes und des Auflärer. Preise unter Nr. 2307 an die Geschäftsst. dieses Blattes.

Kause Jelle
und zahlreiche für Fischhollernelle bis 150 zł
„Iltisjelle“ 120 „
„Ruchsjelle“ 50 „
„Warderjelle“ 25 „
„Hasenjelle“ 3 „
Wiedungen an Stanisław Murawa, Poznań, ul. Woźna 3.

Achtung! Achtung!
Kause in größeren sowie kleineren Posse jedoch im trockenen Zustande
Zuchs-, Iltis-, Warder-, Hasenjelle gegen sofortige Kassa.
J. JAGSZ, Poznań, zu verkaufen Poznań, Małeckiego 3a.

Spielplan des Teatr Wielti.
Dienstag, den 15. 12. „Tosca“ (Preise ermäßigt).
Mittwoch, den 16. 12. „Bettina“. „Der Evangelimann“. „Dalibor“. „Troubadour“. „Der Evangelimann“. Montag, den 21. 12. „Die Hugenotten“ (Preise erm.).

Spielplan des Teatr Polski.

Dienstag, den 15. 12. „Bart und Berücke“. Mittwoch, den 16. 12. „Der Propst und d. Reichen“. Donnerstag, den 17. 12. „Judas Iskariot“. Freitag, den 18. 12. „Bart und Berücke“. Sonnabend, den 19. 12. „Der Propst und d. Reichen“. Sonntag, den 20. 12. „Der Propst und d. Reichen“. Montag, den 21. 12. „Bart und Berücke“.

Nach einer Woche der Erschütterung, die der Zuschauer bei den Vorführungen des Films „Das vierte Gebot“, der heute Dienstag zum letzten Male vorgeführt wird, empfunden hat, bringen wir von morgen Mittwoch ab Eine Woche des Humors mit Pal und Patachon als Schuhleute, in ihren neuesten Rollen. — Wir bitten um den Besuch der ruhigen Vorstellungen um 4.30 nachm.

Teatr Pałacowy, pl. Wolności 6.

Herr 30 Jahre alt, in gesicherter Stellung, sucht die Bekanntschaft einer deutschen Dame zwecks spätere

Heirat.

Geällige Offerten mit näheren Angaben und Lichtb. Id erbeten unter M.M. 2319 an die Geschäftsst. dieses Blattes. Diese freien Ehrensache. Anonym Briefvor.

Fabrikräume

oder sehr gute Berufsräume im Erdgeschöß (also parterre gelegen) sofort zu mieten gesucht. Größe 80 bis 120 Quadratmeter. Offerten unter 2320 an die Geschäftsst. dieses Blattes.

Sensation sind unsere Preise für die besten Weihnachtsgeschenke.

Empfehlen solange der Vorrat reicht: 1 zł
Garnit. Aluminiumtöpfe, m. Deckel (10 Teile) 19.75
Fleischhackmaschinen, größere, Nr. 8 . . . 8.85
Küchenwaagen, emailiert. Zielflatt 9.75
Brotkasten, schön lackiert 9.75
1 Dtz. EB- u. Teelöffel (je 6 Stück) 3.85
1 Dtz. Ia Stahl-Eßbesteck, grav. (je 6 Stück) 9.75
Werkzeugkästen für Kinder 2.75 u. 5.50
Schlittschuhe Paar von 4.50
Christbaumständer 6.50 u. 4.50
Metallbetten, weiß, Sprungfedernmatratzen 48.00
Metallbetten mit Messingverzierungen 72.00
Westfälische Küchen. Verstellbare Kachelöfen.
Kiserne Ofen aller Art, Rohre u. Knie dazu.

Rodel-Schitten und alle Küchenartikel. Przewodnik, Poznań, sw. Marcin 30, telephon 1571. Eisenabteilung bietet H- u. Keilstollen Nr. 8, das Hundert 16.90 Hufeisen — Hufnägel — Schmieden — Werkzeuge. Eisen, Bleche, Metalle, Baubeschläge, techn. Artikel. Höfliche deutsche Bedienung.

Wir kaufen ständig per Kasse größere Posse Kinder, Schweine und Schafe zum Export. Gef. Offerten an: GOY & FROMM - Oborniki — Telephon 46.

Hasen, Rehe, Fasanen

suche im Auftrage einer deutschen Großfirma zu kaufen. Kasse geg. Duplikatschreibbrief od. bei Übernahme. Ganze Jagden werden sofort abgeschlossen. Off. m. Preisangabe sind zu richten an

Dom Ekspedycyjno Handlowy Fr. Przybylski, Zbaszyn, Telephon 33.

Musikinstrumente, Mundharmonika empfiehlt billigst Nikodem Szmelter, Poznań, ul. Gwarka 16. En gros — en détail!
Harzer Kanarienvögel, fleißige Zug- und Lichtflünger verkauft von 15 zł an. Versende gegen Nachfrage anfangbar. Pawełczak, Poznań-Wilda, Gen. Umińskiego 25. III Dr.

Centralin Schnellmastpulver lobt jeder. Zu haben in allen einschlägigen Geschäften. Ein bess. möbl. Zimmer mit Brennholz u. leder. Nicht von sofort über zum 26. an einen Herrn freigesetzt zu verm. Ang. b. unt. 2315 an die Geschäftsst. dieses Blattes